

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenblatt und Montag als Abendblatt mit dem Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Woche“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Mai 35.— Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Einzelband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburgs 60.— Mk., für das übrige Ausland 67.— Mk.

Die Jahrgangswerte Kompartiments oder deren Raum kostet 18.— Mk., einschließlich Interzentur. Alle Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Interzentur. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12.— Mk. netto drei Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Verlagspreis Zentrum 152 80—152 90

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Konferenz in Genua

Der Konferenz in Genua wird wieder einmal prophezeit, daß ihr Ausliegen unmittelbar bevorsteht. Was soll auch noch groß von ihr erwartet werden! Die vielfältigen Kommissionen, Zwischenkommissionen und Unterkommissionen, in die sich die Konferenz sofort nach dem ersten Zusammenritt verteilte, sind bereits in Abbau und Auflösung begriffen. Das gleiche Schicksal hat die mehrtägig über Nacht ausgemachten angezählten und unzählbaren Büros ereilt, und selbst der Rügenommer, der vier Wochen lang, von 700 Journalisten inszeniert, die Welt von Genua aus in Atem hielt, scheint im Verrollen zu sein. Man kann eben nicht einen Monat hindurch die Menschen mit nichtsagenden Beschreibungen der von den internationalen Staatshäuptern gewechselten Händedrücke und Tischreden unterhalten, und viel mehr blieb den Journalisten nicht zu berichten, denn die wirklichen Verhandlungen und Vorgänge, Kern und Inhalt der Konferenz selbst, blieben vor fremdem Einblick schon bewahrt und sind auch jetzt noch in Geheimnis und Dunkel gehüllt. Selbst von den offen zutage tretenden Zerwürfissen und Gegensätzlichkeiten erfährt niemand das Wahre, da man beliebt, deren konkreten und realen Untergrund mit hochtrabenden Worten wie „Wiederaufbau“, „Weltfrieden“ und „Völkerverständigung“ zu verkleiden. Ob die nächsten Wochen zu einer Wiederbelebung der in Erschlaffung versunkenen Konferenz führen können, ob eine Galvanisierung möglich ist? Im Vordergrund der Streitfragen steht gegenwärtig das Memorandum der Alliierten. Einer Neutermelung zufolge wird allgemein angenommen, daß Frankreich und Belgien das Russland übergebene Memorandum in seiner gegenwärtigen Gestalt annehmen werden. Der Berichterstatter des Pariser „Antirussgeant“ will von einem englischen Beamten namens Nobelhall, dem Verbindungsmann für die Presse, erfahren haben, Lloyd George sei entschlossen, Frankreich zwischen der Freundschaft Belgiens und der Freundschaft Großbritanniens entscheiden zu lassen.

## Russisch-italienische Wirtschafts-verhandlungen

Genua, 6. Mai

Das Komitee für die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Russland, dem mehrere hervorragende Vertreter der italienischen Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen, u. a. d'Arragona und Turati angehören, hatte gestern eine längere Unterredung mit Krassin und anderen Mitgliedern der russischen Delegation. Es handelte sich um eine Klärung, welche Möglichkeiten für den Wirtschaftsverkehr zwischen Italien und Russland bestehen, in erster Linie um die Ausfuhr von Petroleum aus Russland nach Italien.

## Diner-Politik

Genua, 6. Mai

Die Schweizer Delegation veranfaßte heute Abend ein Essen, zu dem 35 Delegierte eingeladen sind. Für Deutschland nimmt Reichskanzler Dr. Wirth daran teil, für Frankreich Barthou.

Lloyd George speiste heute mit dem amerikanischen Botschafter in Rom Child.

## Eine Richtiggstellung

Senator d'Estournelles de Constant hat an den Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten Senator Doumergue einen Brief gerichtet, in dem er die Zeitungsmeldungen, soweit sie Sympathien des Ausschusses für Belgien zum Ausdruck bringen, als tendenziös bezeichnet, weil sie den Gedanken aufkommen lassen, daß der Senatsausschuh „fast einstimmig“ die juristischen und mündlichen Auseinandersetzungen Voicarsés zu der Frage der nach dem 31. Mai gegen Deutschland zu ergreifenden Sanktionen gebilligt hätte. Frankreich könne vernünftigerweise, um Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu veranlassen, nur mit seinen Alliierten zusammen vorgehen.

## Militärtruppe oder Schutzpolizei?

Die ungeheuerlichen Vorgänge, die sich am 2. Mai vor dem Berliner Rathaus abgespielt haben, lassen es angezeigt erscheinen, daß wir uns einmal mit der Frage beschäftigen, wie der Geist beschaffen ist, den wir in der preussischen Schutzpolizei vorfinden, und wie diese ganze „Schupo“ eigentlich entstanden ist und sich entwickelt hat.

Als die Revolution ausbrach und als sozialistische Polizeipräsidenten und Minister ins Amt kamen, sah man sich nach Leuten aus der alten Beamtenenschaft um, die geeignet wären, auch unter den neuen Verhältnissen weiter verwendet zu werden. Es war einer der ärgsten Mißgriffe des Ministers Wolfgang Heine, sich eines Mannes wie des Regierungsrats und späteren Geheimrats Dr. Doye beim Aufbau der „neuen“ Verhältnisse zu bedienen. Vorkäufig sei erwähnt, daß dieser famose Doye wegen seines Verhaltens im Rapp-Bußsch schließlich doch über die Klinge springen mußte. Er war mit angeklagt, kam aber frei, weil er nicht als „Rädelsführer“ galt! Er ist hernach von seinen deutsch-nationalen Freunden bei einer landwirtschaftlichen Organisation untergebracht worden und kann seine Lage angenehm beenden.

Dieser Doye war als Ministerialdirektor unter Heine der eigentliche Organisator „unserer“ Schutzpolizei. Polizeipräsident Ernst, selber völlig directionslos und unfähig, eigene Ideen zu entwickeln, ließ sich von Doye in jeder Beziehung leiten und geradezu um den Fingern wickeln. Wie durch und durch militärisch der alte hohenzollernische Polizeioffizier Doye sich die Organisation der Polizei ursprünglich dachte, geht daraus hervor, daß diese zunächst sogar mit Gewehren versehen wurde! Es bedurfte erst eines Einspruchs der Entente, damit diesem greulichen Unfug ein Ende gemacht werden konnte. Aber bei der Bewaffnung mit Karabinern usw. ist es ja geblieben, so daß der barbarische Bajonettangriff vom 2. Mai möglich wurde. Wer da weiß, wie ungern die Soldaten im Kriege Bajonettangriffe auf den erschütterten Feind machten, dem wird es leicht fallen, sich die ganze Scheußlichkeit derartiger Schupo-Attaken auf friedliche Arbeiter zu Gemüt zu führen. Jedenfalls ist man berechtigt, nach solchen Leistungen die Schupo auch heute noch als eine militärische Organisation anzusehen.

Wie ist nun das Verhältnis zwischen den Auffassungen und Wünschen der Mannschaften und der Offiziere in der Schupo? Wer jemals Gelegenheit hatte, mit Beamten der Schutzpolizei zu sprechen, der weiß, daß die Mannschaften Polizisten sein möchten, wofür ja schon ohne weiteres ihre Berufswahl spricht; denn wenn sie nicht Polizisten, sondern Soldaten zu sein wünschten, dann hätten sie sich doch wohl nicht zur Polizei, sondern zur Reichswehr gemeldet! Diesen Leuten ist der alte Drill, den die Polizeioffiziere in die Schupo hineingebracht haben und in ihr erhalten wollen, im Innersten verhaßt. Die sogenannten Polizeioffiziere legen Wert darauf, als militärische Offiziere angesehen zu werden, nicht wenige von ihnen fühlen sich geradezu beleidigt, wenn man sie als Polizeibeamte anspricht.

Ginge es nach dieser Sorte von „Polizeioffizieren“, dann würde bei der Schupo vor allen Dingen exerziert, exerziert und nochmals exerziert werden. Auf die Ausbildung im Kampf legen die Herrschaften den Hauptwert und Hauptnachdruck. Es ist aber eine bekannte Tatsache, daß Offiziere, die ihre Truppe auf Kampf einstellen, nichts sehnlicher erwünschten als Gelegenheiten, zu beweisen, wie vortrefflich sie ihre Truppen zum Kampfdienst vorbereitet und ausgebildet haben. Danach darf man sich über das Verhalten der diensthabenden Schupo-Offiziere am 2. Mai vor dem Berliner Rathaus gar nicht wundern.

Es ist auch nicht erstaunlich, daß Offiziere solchen Schlages auf militärischen Drill, Ausbildung im Kämpfen und dergleichen den Hauptwert legen. Diese vorgebildeten Polizeioffiziere stammen ja zum größten Teil aus der alten hohenzollernarmee, haben keinerlei polizeiliche Vorbildung genossen und sind von irgendwelchen guten Freunden und Gönnern zu Versorgungs- und sonstigen Zwecken bei der Schupo untergebracht worden. Man kann von diesem Menschenmaterial also wirklich nicht verlangen, daß es sich in einer anderen Rolle als in einer militärischen behaglich und in seinem Elemente fühlen soll.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich, wie oben schon angedeutet ist, wenn man sich die Mannschaften

## Gegen den Raubversuch der Hohenzollern

Eine Anzahl führender Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens verübt eine Kundgebung, die sich mit der Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und den Hohenzollern befaßt, die bekanntlich immer noch nicht abgeschlossen ist. Die Unterzeichner, von denen einige dem Monarchismus sehr nahe stehen, verlangen, daß die Auseinandersetzung nicht lediglich nach verdinglichten rechtlichen Gesichtspunkten erfolge, sondern auf die allgemeine Bedeutung der kulturellen und historischen Werte Bedacht nehme. Die Bauten und Gartenanlagen mit künstlerischem oder geschichtlichem Charakter seien der Öffentlichkeit zugänglich zu machen oder als Museen einzurichten. Ebenso hätten die beweglichen Kunst-

und Einrichtungsgegenstände in den Schlössern an ihren Stellen belassen zu werden. Auch die literarischen Sammlungen, insbesondere das Hausarchiv, müßten in öffentliche Verwaltung gelangen. Die Kundgebung wünscht, die Auseinandersetzung nicht einem Schiedsgericht übertragen wird, sondern daß vorher möglichst durch Vereinbarung diese Fragen von allgemein-kultureller Bedeutung geregelt würden. Der Aufruf ist unterzeichnet von den früheren und jetzigen Generaldirektoren der staatlichen Museen, der Staatsbibliothek und der Staatsarchive, dem Konservator der Kunstdenkmale, dem Direktor der Nationalgalerie und den Intendanten der Staatstheater. Wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr!

## Der Kampf um das Öl

Der Kampf um die russischen Erdölquellen spielt in Genua eine bedeutende Rolle. Bekanntlich ist das Erdöl nach der Erfindung des Dieselmotors eines der wichtigsten Betriebsmittel der modernen Industrie.

Der Kampf darum liegt beinahe allein zwischen zwei großen Trusts, der amerikanischen Standard Oil Company und der englisch-holländischen Royal Dutch-Shell-Gruppe, zu der nach den in San Remo getroffenen Vereinbarungen auch Frankreich gehört. Der europäische Trust, an dem die Regierungen der drei Staaten direkt beteiligt sind, hat nach dem Frieden von Versailles die amerikanische Konkurrenz einigermassen überflügelt. Es gehören ihm ein Teil der mexikanischen und beinahe ausnahmslos die rumänischen, galizischen, mesopotamischen und niederländisch-indischen Quellen, während die Standard Oil Company in letzter Zeit vergeblich versucht hat, außerhalb Nordamerikas und Mexikos Erwerbungen zu machen.

Die sehr ergiebigen Naphthaquellen in der Umgebung von Baku wünschen natürlich beide Konkurrenten ausbeuten zu können, und die Sowjetregierung, die ja auf das ausländische Kapital angewiesen ist, versucht nicht ohne Geschick die beiden Trusts gegeneinander auszuspielen und dadurch ihrem politischen Ziel der Anerkennung näher zu kommen. England und Frankreich haben Sachverständige für diese Fragen nach Genua geschickt und wie

es heißt, ist ein Vertrag zwischen Russland und der Royal-Dutch-Shell bereits zustande gekommen.

Die Vereinigten Staaten haben sofort eine Protestnote an die britische Regierung gerichtet, in der sie erklären, sich dem Abschluß eines derartigen Vertrages widersetzen zu müssen, weil er das Prinzip der offenen Tür verlege, also die übrigen Nationen schädige, und weil er ein Wettrennen der Mächte begünne, um sich Monopole in Russland zu sichern.

Dieser Konkurrenzkampf der Kapitalisten, der von den Regierungen mit allen Machtmitteln des Staates unterstützt wird, ist bezeichnend für die gesamte Politik des Kapitalismus überhaupt. Es geht nicht um die Hilfe für das zerstörte Russland, es geht auch nicht um eine vernünftige Verteilung eines wichtigen Rohstoffes. Monopolisierung der Delfelder ist das Ziel, um dann beliebige Preise diktieren zu können. Die Regierungen machen diesen Kampf nicht nur darum mit, weil sie in hohem Grade unter dem Einfluß des Kapitals stehen, sondern auch, weil der Besitz des seltenen Dells auch eine Quelle politischer Macht ist, die weitere Abhängigkeiten schafft.

Das „kommunistische“ Russland schließt sich von dieser Tendenz keineswegs aus. Auf der Berliner Konferenz hat Nadel offen zugegeben, daß die Bolschewiki einen „Naphtakommunismus“ treiben, und er hat die Befehle Georgiens nicht zuletzt damit begründet, daß es die Zugangsstraße zu dem kostbaren Del ist, mit dem die Sowjetrepublik gesalbt werden möchte.

der Schutzpolizei ansieht. Hier haben wir es — alles in allem genommen — mit recht gutem Menschenmaterial zu tun, aber selbst die besten Elemente können natürlich bei einem derartigen System nicht in die Höhe kommen. Die Instruktion über den eigentlichen Polizeidienst läßt angesichts der militärischen Einstellung der Herren Offiziere begreiflicherweise sehr viel zu wünschen übrig, und es kommt hinzu, daß dieser Unterricht in Stunden gelegt ist, wo die Mannschaften durch den übrigen Dienst schon dermaßen ermüdet sind, daß sie der Instruktion nicht mit dem wünschenswerten Interesse und mit genügender geistiger Anspannung mehr zu folgen vermögen. Die Herren Schupo-Offiziere sehen eben Instruktion und Aufklärung über Befehle, allgemeine und besondere Vorschriften, Pflichten des Schutz-Polizisten und dergleichen als nebensächlich an.

Ebenso wie in der Reichswehr hat man ferner den großen Fehler gemacht, im Beamtentum und insbesondere auch in der Schupo so gut wie gar keine „Subalternen“ in höhere Stellen aufsteigen zu lassen. Dabei hätte es gerade für die Schutzpolizei an geeigneten Männern aus dem Subalternen-Stande durchaus nicht gefehlt. Es soll hier gar nicht von einer Anzahl begabter und tüchtiger Sozialisten gesprochen werden, die in die Schupo eingetreten sind. Man denke nur an den seiner politischen Einstellung nach wohl als Demokraten zu bezeichnenden Polizeiwachmeister Schrader, den ersten Organisator der blauen Schutzmannschaft. Man ließ aber Schrader und andere Leute seiner Art, die sich unterm alten Regime unbeliebt gemacht hatten, nicht hochkommen. Es sei nur daran erinnert, daß Schrader zum Beispiel in den ersten Wochen der Revolution die Abschaffung des Säbels der Schutzleute und dessen Ersetzung durch Polizeiknüppel forderte. Wer weiß, wie sich die „Revolution“ und die Nachrevolution entwickelt hat, der wird sich kaum darüber wundern, daß derartige Männer nicht Karriere machten. Wird es doch der alten blauen Polizei von der Reaktion und ihren Vertrauensleuten in allen Nennern noch bis auf den heutigen Tag schwer angetan, daß sie im November 1918 als Schutztruppe gegen die Revolution „total versagt“ hat. Gerade nach diesen Erfahrungen von damals aber wollen die Leute vom alten Geiste und von der Richtung Doye und Konforten die Schupo so erziehen, daß sie vorkommenden Falls sich besser „bewähren“ als die blaue Schutzmannschaft im November 1918. Mit anderen Worten: man will sie der Bevölkerung entfremden, militärisch auf den Mann dressieren, vor allen Dingen aber: man will, daß die Polizei an Tagen wie am 2. Mai 1922 auch nicht davor zurückschreckt, Blut zu vergießen, wenn es sein „muß“!

Schon in früheren Zeiten wirkte es aufreizend auf die Arbeiterschaft, daß die Schutzleute ihre Pistolen oder Revolver nicht etwa — wie es sonst üblich ist — in der Hintertasche, sondern möglichst provokatorisch vorn am Gürtel trugen. Es wäre an der Zeit, mit diesem Unjug aufzuräumen, aber der Offiziers-Schupogeist will davon nichts wissen; am liebsten möchten bestimmte Herren den Schutzpolizisten zur aufreizenden Pistole auch noch eine Anzahl Handgranaten in den Gürtel stecken.

Daß die Entente angesichts dieser Verhältnisse und Zustände in der Polizeischule etwas wie eine verkappte Kriegsakademie sieht, ist nach alledem begreiflich, zumal wenn man die Gesamtorganisation der Schutzpolizei unter die Lupe nimmt. Erst wenn der ganze Schupogeist von heute ein anderer geworden ist, wird man erwarten dürfen, daß jenes Mißtrauen ein Ende findet. Viel wichtiger aber wäre es, daß wir selber, wir Deutsche, wir Preußen, wir Berliner, endlich einmal Vertrauen bekämen zu „unserer“ Schutzpolizei. Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, so ist noch viel Arbeit zu leisten. Soweit die Betrachtungen in diesem Artikel Material und Anregungen darstellen, kämen wohl zunächst folgende programmatischen Forderungen in Frage:

1. Reinigung des Offizierkorps von allen nichtpolizeilichen Fachmännern,
  2. Aufstieg tüchtiger Subaltern-Beamter,
  3. Unterricht durch polizeiliche und sonstige zivilistische Fachleute statt durch Instruktores, die in der Hauptsache aus rein soldatische Unterweisung verfaßten sind,
  4. Förderung der Allgemeinbildung: Verfassungslehre, Staatsbürgerkunde und dergleichen mehr.
- Eine so unterwiesene und geleitete Schupo würde vermutlich bald eine wirkliche Schutz-Polizei und nicht mehr Proletarier-Trup-Polizei sein.

## Wiederzusammentritt des Reichstages

Nach einem geilen gefassten Beschluß des Reichstages des Reichstags tritt das Plenum am Mittwoch dieser Woche, nachmittags 3 Uhr, zusammen. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung der Stats der Eisenbahnen und der Post.

Wahrscheinlich wird der Reichskanzler bis zum Zusammentritt des Reichstags aus Venna in Berlin eintreffen. Wie lange er in der Reichshauptstadt verbleiben würde, steht noch nicht fest.

## Schünung auf hohem SPD-Roß

Wie man aus dem Sonnabend-„Vorwärts“ erfährt, hat Stadtrat Schünung „seinen Eintritt in die SPD. angemeldet“. Ueber seine Aufnahme scheint also noch nicht entschieden zu sein. Einweilen gab man ihm Gelegenheit, einen Leitartikel über den „Ursprung des Konstituts“ vom Stapel zu lassen. Und da orakelt er denn allerlei „Wenn“ und „Aber“ zusammen, als hätte er mindestens die Prohetensprüche zu Delphi durchgemacht. Schließlich ist er geschmackvoll genug, in der Polemik gegen die USPD, die hier neben anderen Kleinigkeiten auch Verantwortungslosigkeit zwischen den Zeilen vorzuwerfen. Ob Schünung schon vergessen hat, daß sein verantwortungsloses Verfahren im Falle Böcher die Berliner Steuerzahler — von sonstigen Schäden-Verstärkungen ganz zu schweigen — allein um 1½ Millionen Mark geschädigt hat?

# Eine neue Leistung der „Roten Fahne“

Die „Rote Fahne“ stellt in einem Artikel „Zwei Prozesse“ höchst eigenartige Betrachtungen an über die Justizkomödie, die gegen die Mörder Liebknecht und Rosa Luxemburgs inszeniert wurde, und über die in Rußland bevorstehenden Prozesse gegen die Sozialistenrevolutionäre. Dabei schlägt sie auch wild auf die USPD los. Sie teilt mit, daß Banderwede als Verteidiger der Sozialisten-Revolutionäre zugelassen sei und erhebt sich weidlich darüber, daß entsprechend den Abmachungen, die auf der Konferenz von Vertretern der drei Internationalen anfangs April im Reichstag getroffen wurden, noch weitere Verteidiger angemeldet wurden, so außer dem Genossen Theodor Liebknecht und Kurt Rosenfeld auch Banters, Habenguest, Paul Boncourt, Modigliani, Liebknecht und Rosenfeld, so schreibt die „Rote Fahne“, hätten „keinen Zweifel darüber, daß die SP. im Jahre 1917 Verbändete der russischen Bourgeoisie waren, mit ihr zusammen in der Regierung saßen, den Krieg an der Seite der Entente führten, Soldaten füllten, wenn sie für die Profite der Bourgeoisie nicht kämpfen wollten, Lenin als einen deutschen Eseln erklärten, im Jahre 1918 nach der Oktoberrevolution sich von neuem mit der Entente und ihren tschechoslowakischen Soldaten verbänden, die Sowjetregierung mit den Boffen in der Hand bekämpften, Kollaboration in den Sattel hielten, daß sie dann, von ihm über den Haufen geworfen, an allen konterrevolutionären Komplotten bis zu dem Kronstädter Aufstand und dem Antonow-Aufstand beteiligt waren, daß sie im Jahre 1921 an der Konferenz mit den Kadetten in Paris unter dem Schutze der französischen Regierung teilnahmen.“

Das ist gewiß allerlei an Entstellung, Verdrehung und Schwindel. Aber die „Rote Fahne“ spinnt den Boden fort: Trotzdem fühlen sich die Genossen Rosenfeld und Liebknecht zur Verteidigung derselben Sozialisten-Revolutionäre, die selbst umsonst gebeten hätten, in die Wiener Arbeitsgemeinschaft aufgenommen zu werden, gedrängt. Einige Zeilen weiter heißt es in dem von der „Roten Fahne“ beliebten Jargon:

„Wir sprechen nicht von Modigliani, der ein Reformist war und ist, aber Kurt Rosenfeld, der vor kurzem noch, am 20. April, Sowjetrußland in öffentlichen Demonstrationen als Feind der Weltrevolution pries! Der alte, ehrliche Seemann Theodor Liebknecht, der sich nicht schämt, den Namen seines großen Bruders durch seine Handlungen zu beflecken, diese Vebden denunzieren wir der Verachtung der deutschen Arbeiter, denn entweder sind sie Trottel, die nicht wissen, was sie wollen, dann sollen sie Unterkunft finden in einem Hause für Parasiten, oder sie sind einfache politische Charlatane. Wir fordern die deutschen Arbeiter aus, in jeder Versammlung, wo die Herren auftreten, von ihnen Auskunft zu fordern!“

Wir hängen diese Auslassungen nur niedriger, um zu zeigen, welcher lauberen Mittel sich die „Rote Fahne“ in der Bekämpfung der USPD bedient. Daß es ihr in dem ganzen Artikel nur auf die Bekämpfung der USPD ankommt, beweist

## Brunnenvergifter an der Arbeit

Die „Rote Fahne“ fordert täglich zweimal die proletarische Einheitsfront und tut gleichzeitig täglich zweimal alles, um die Verwirklichung dieses Gedankens zu sabotieren. Ein Musterbeispiel hierfür liefert sie in dem Artikel, der den Genossen Theodor Liebknecht und Kurt Rosenfeld Veranlassung zu folgender Erklärung gibt, die auch der „Roten Fahne“ übermittelt worden ist:

### Erklärung

In Nummer 308 der „Roten Fahne“ vom 3. Mai ist unter der Überschrift: „Zwei Prozesse“ anonym ein Artikel erschienen, in dem wir in der niedrigsten Weise angegriffen und beschimpft werden, weil wir uns in dem Prozeß, der demnach in Moskau gegen die Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialisten-Revolutionäre wegen angeblicher Anstiftung zu den Attentaten auf Lenin und Wladimir verhandelt werden soll, zur Verteidigung gedrängt und uns als Verteidiger angemeldet hätten.

Beide Behauptungen sind unwahr. Wir haben zwar gehört, daß man beabsichtigt, wegen der Ueberrahme der Verteidigung an uns heranzutreten. Geschehen ist das bisher indessen noch nicht. Wir haben also die Verteidigung übernommen, noch auch nur erklärt, daß wir sie übernehmen würden, falls man an uns herantrete.

Im übrigen sind wir der Meinung, daß man die Ueberrahme der Verteidigung ganz anders zu beurteilen hat, als dies in der „Roten Fahne“ geschehen ist. Die Grundlage jeder Verteidigung der Sozialisten-Revolutionäre muß die gemeinsame Erklärung der Exekutiven der drei sozialistischen Internationalen auf der Berliner Konferenz bilden. In dieser Erklärung heißt es:

„Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Erklärung der Vertreter der kommunistischen Internationale, daß in dem Prozeß gegen die 47 Sozialisten-Revolutionäre alle von diesen gewünschten Verteidiger zugelassen werden.“

Veranlaßt war diese Erklärung der kommunistischen Internationale durch die vielfach vertretene Auffassung, daß den Angeklagten Sozialisten-Revolutionären nicht die selbstverständlichen Verteidigungsmöglichkeiten gewährt werden würden, und daß das Urteil nicht auf Grund des Verhandlungsergebnisses, sondern nach vorhergegebenen Weisungen gefällt werden würde. Der Vertreter der Dritten Internationale hat diese Auffassung mit Entschiedenheit zurückgewiesen und um ihr jeden Boden zu entziehen, die oben wiedergegebenen Zusicherungen gemacht. Wir sind nun der Auffassung, daß die Beteiligung von Vertretern, welche den den Kommunisten am nächsten stehenden Parteien angehören, gerade auch den so betonten Interessen der kommunistischen Internationale entspricht. Denn es würde dadurch für die Arbeiterschaft die Gewähr gegeben, daß eine möglichst objektive Klarstellung der Vorgänge erfolgt. Die in der „Roten Fahne“ vertretene Auffassung ist geeignet, den Zweck, den die Zustimmung der kommunistischen Internationale verfolgt, vollständig zu vereiteln, und wir erwarten daher, daß die Sowjet-Regierung die in der „Roten Fahne“ vertretene Auffassung missbilligt.

Auf den verächtlichen Versuch, den Moskauer Prozeß mit dem Prozeß gegen die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auf eine Stufe zu stellen, braucht nicht eingegangen zu werden. Er richtet sich von selbst.

Berlin, den 5. Mai 1922.

Theodor Liebknecht, Kurt Rosenfeld.

Wir können dieser Erklärung nur beipflichten. Es handelt sich um eine politische Brunnenvergiftung schlimmster Art. Wenn der Artikel der „Roten Fahne“

se in der augenfälligen Weise in ihren Ausfällen in dem andern Teil des Artikels, der der Justizkomödie in dem Prozeß gegen die Mörder Liebknecht und Rosa Luxemburgs gewidmet ist. Der die kommunistische Partei am besten charakterisierende Abiast des Artikels lautet:

„Die USPD, eine Partei von Menschen, die von der Glibl trafen wie ein rumänischer Kavaller von Schmala, ja, Jean Longuet, ein Tenor des Edelkinnes, sie alle schrieben Artikel auf dem geduldiagen Papier und bekundeten, daß sie mit dem Morde nicht einverstanden sind, daß sie ihn sogar beklagen und verfluchen. Aber keiner von ihnen rührte sich, keiner spulte sich nach Berlin, um hier öffentlich von der sozialdemokratischen Regierung zu fordern, daß der Mord der großen Vorkämpfer des Proletariats wenigstens vor ein bürgerliches Gericht käme. Alle diese Parteien weisen Dutzende von Advokaten auf, die für ein gutes Honorar sogar bereit sind, für unterdrückte Proletarier zu kämpfen. Aber keinen von ihnen reizte es, nach Berlin zu kommen, den schändlichen Prozeß gegen die Mörder Rosa Luxemburgs und Liebknecht wenigstens als Zuschauer mitzumachen, um der Frage näher zu kommen: Wer ist der Organisator dieses Mordes? Sie gaben sich nicht einmal die Mühe, als kumme Zeugen bei dem Prozeß zu stehen.“

Die Leser der „Freiheit“ wissen, und auch die „Rote Fahne“, und nicht zuletzt der Verfasser des Artikels, der durch seinen Stil kaum jemand verborgen bleiben kann, wissen, daß gerade die „Freiheit“ in jenen Tagen des blutrünstigen Tatendranges der Roskiden in der rücksichtslosesten und energischsten Weise den Kampf geführt haben. Sie wissen auch, wie unausgesetzt gerade die Genossen Theodor Liebknecht und Rosenfeld neben vielen Anderen fast Tag und Nacht sich abmühten, die Mörder ausfindig zu machen. Der Verfasser hätte auch, falls irgendwelche Gründe ihn hindern sollten, sich dieser Tatsache zu erinnern, sich an Radel wenden können. Er hat ja weniger weit zu ihm als irgend ein anderer. Radel weiß, wie gerade die genannten Genossen, und vielfach sogar mit ihm zusammen, ohne Unterlaß gewirkt haben, um die Schandtat und Mordbuben selbst in der gebührenden Weise abzurufen. Die „Rote Fahne“ weiß auch, daß die „Freiheit“ es war, die immer wieder die Einsetzung einer mit außerordentlichen Vollmachten ausgestatteten besonderen Untersuchungskommission, eines aus Angehörigen aller sozialistischen Parteien zusammengeleiteten Sondergerichts gefordert hat, weil, wie die „Freiheit“ ausdrücklich schrieb, „die Untersuchung der Mordtat, die gerichtliche Untersuchung des Mordmordes nicht in den Händen der Militärdiktatur bleiben kann.“ Wenn sie heute sich als die beruene Anklägerin der USPD, aufzuklären versucht, so doch wohl nur, weil sie sich auf die Gedächtnisschwäche ihrer Leser glaubt verlassen zu können. Wir legen daher diese neueste Leistung der „Roten Fahne“ gelassen zu den vielen übrigen.

von Moskau unwiderrspochen bleibt, dann sieht für die Arbeiterschaft der ganzen Welt fest, daß die auf der Berliner Konferenz von den Kommunisten gedührte Entrüstung eitel Heuchelei war, daß tatsächlich beabsichtigt ist, den Prozeß als Tendenzprozeß zu führen, daß die Verteidigung eine Farce sein soll und daß das Urteil von vornherein feststeht.

## Belgische Kavallerie in Marsch?

(E. G.) Paris, 6. Mai,

Aus Brüssel wird gemeldet, daß die beiden Kavallerieregimenter 12 und 18 mit Generalstab, allen Offizieren und Pferden zu einem Teil heute nach Deutschland abziehen, zum anderen Teil am Montag einwaggoniert werden. In Separatzügen wurde Artilleriematerial nach Deutschland befördert.

## Oesterreichische Regierungskrise?

(Int.) Wien, 6. Mai,

Die Sozialdemokraten haben in einer der letzten Sitzungen eines Nationalratsausschusses einen Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister Girtler gestellt, weil dieser eine starke Erhöhung der Zölle ohne vorherige Einwilligung des Nationalrats vorgenommen hat. Da die Sozialdemokraten trotz der bereits vorgenommenen Belagungsverfüge auf ihrem Mißtrauensantrag beharren, und da auch die Großdeutschen im Nationalrat gegen Girtler stimmen dürften, so daß der Mißtrauensantrag wahrscheinlich eine Mehrheit bekommen wird, ist mit dem Auswachen der Ministerkrisis zu einer Regierungskrise zu rechnen.

## Erklärung

Genosse Rabold schreibt uns:

In der Donnerstagssitzung des Preussischen Landtags versuchte Minister Severing die Kritik an dem Vorgehen der Schutzpolizei vor dem Berliner Rathaus damit zu entkräften, daß er die Behauptung aufstellte, die „Freiheit“-Redaktion habe selbst schon einmal den Schutz der Polizei angerufen. Durch die gewaltsame Abschneidung der Debatte war es mir leider nicht möglich, das Schlusswort zu bekommen. Ich hätte sonst die Gelegenheit wahrgenommen und Herrn Minister Severing nachgewiesen, daß seine Behauptung nicht den Tatsachen entspricht.

Es kann sich bei der Anspielung des Ministers nur um jene Zeit handeln, wo infolge der Spaltung der USPD, von kommunistischer und neukommunistischer Seite der Versuch unternommen werden sollte, das „Freiheit“-Gebäude zu besetzen und die Redaktion gewaltsam zu vertreiben. In diesen kritischen Tagen wurde das „Freiheit“-Gebäude, wie noch allgemein bekannt sein dürfte, durch die eigenen Parteigenossen besetzt. Die Polizei ist niemals um Schutz angegangen worden. Als vielmehr durch die Polizei ein solches Angebot an das „Freiheit“-Unternehmen gerichtet wurde, hat sowohl die Redaktion als auch die Geschäftsleitung ausdrücklich jeden politischen Schutz abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß das Unternehmen gegen etwaige Ueberrfälle genügend geschützt sei.

Emil Rabold.

## Ausländer in Deutschland

Die Schiffe, die der zaristische Offizier in der Philharmonie auf den Senator Naboloff abgab, haben in ganz Deutschland erneut das Ausländerproblem in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Erneut wurde es jedem Einsichtigen klar, daß sich in Deutschland die Reaktionen der ganzen Welt ein Stellbildnis gegeben haben, daß sie hier ungehindert ihre Pläne ausreifen lassen und verwirklichen können. War es doch bei diesem Attentat besonders bezeichnend, daß ein Rechtsgerichteter von einem noch weiter Rechtstehenden erschossen wurde!

Bemerkenswert ist nun die Wirkung, die dieses Vorkommnis bei den deutschen Rechtsparteien und ihrer Presse auslöste. Von jeher sind diese Parteien mit besonderer Wärme für die ausländischen Reaktionen in Deutschland eingetreten. Zwischen ihnen bestanden und bestehen ausgezeichnete Verbindungen, und die Internationale der Reaktion war oft genug härter und tatkräftiger als die Internationale der Revolution. Da dieser Zustand durch das Attentat Naboloff erneut grell beleuchtet wurde, hält es die Rechtspresse für notwendig, den klaren Tatbestand zu verdeutlichen. Sie, die an diesen Zuständen die Hauptschuld trägt, die immer und immer wieder für diese Mordorganisation eingetreten ist, beginnt eine Ausländerhege!

Natürlich nicht gegen das reaktionäre Mordgesindel, nein, die „Dsjudenegesfahr“ wird erneut mit blutigroten Letztern herausbesprochen, dem braven Spießer wird graulich gemacht, Artikel über Artikel erscheinen in den verschiedensten Zeitschriften, vom zahnem Zentrumblatt des Herrn Steegerwald bis zum rabaulstigen Organ des Anpöppelrunge. Sie alle malen das Gespenst des Dsjuden an die Wand, der abwechselnd als der Vertreter des Großkapitals oder als Verteidiger der bolschewistischen Ideale geschildert wird. Ebenso geht man in den Stadtverordneten-Versammlungen vor, und die Begründung zur Ausländerzählung, die von der rechten Seite des Berliner Stadtparlaments beantragt wurde, beweist den antisemitischen Charakter dieses Antrags.

Da ist es doch nötig, den Herren von der rechten Seite einmal kurz und deutlich die Wahrheit zu sagen:

Wer hat die Dsjuden nach Deutschland hereingeholt? Niemand anders als die vielgepriesene Oberste Heeresleitung, niemand anders als Herr Ludendorff! Die Oberste Heeresleitung war es, die im Kriege genau so wie belgische Arbeiter zahllose ostjüdische Proletarier zwang, diese nach Deutschland deportierte, sie wie Sklaven in die Munitionindustrie brachte, sie zum Ausbau der rückwärtigen Stellungen zwang oder im litauischen und furländischen Gebiet zum Bau von Eisenbahnen verwendete. Die Leidensgeschichte dieser Menschen war selbst für die Kriegszeit unerschrocken. Entsetzliche Grausamkeiten sind von den deutschen Heeren gegen diese Unglücklichen begangen worden, die man aus ihrer Heimat herandrückte, die zu Tausenden vor Kälte und Hunger starben, die mit Schandlöhnen bezahlt, die gezwungen wurden, die verhängten Verträge der deutschen Arbeiter-Zentrale zu unterschreiben und dann damit rechnen konnten, daß die Arbeitgeber mit Zustimmung der deutschen kommandierenden Generale diese Verträge nicht einmal einhielten! Die Deportation der 50-60.000 Dsjuden aus dem Osten nach Deutschland ist eins der schandbarsten Blätter in der deutschen Kriegsgeschichte.

Welche Rindsköpfe müssen es sein, die auf jeden Schwindel noch hineinfallen! Natürlich gibt es unter den Ausländern auch Buhener. Aber wer hat denn verhindert, daß im Deutschen Reichstag die verschärften Buhergesetze angenommen wurden, die endlich den inländischen wie den ausländischen Buhener und Schieber mit harter Strafe treffen sollte? Niemand anders als die bürgerlichen Parteien! Wenn es ihnen ernst war mit der Bekämpfung der Buhener, warum stimmten sie diesem Gesetzantrag nicht zu? Weil sie ganz genau wußten, daß in ihren Reihen die wahrhaften Buhener und Ausbeuter sitzen! Nicht Ausländer sind die Großgrundbesitzer, die in schamloser Profitgier die Preise für die Lebensmittel in unerträglichem Maße immer wieder steigern. Nicht Ausländer sind die Zuckersabrikanten, nicht Ausländer sind die Margarinefabrikanten. Gute deutsche und deutsch-arische Kapitalisten sind es, die die breite Masse des deutschen Volkes schamlos bewuchern!

Und man soll nicht kommen mit den Wohnungen, die von den Ausländern benutzt werden. Würde die Gesetzgebung energisch zupacken, bestände die Möglichkeit, die halb leerstehenden Willen zu öffnen, dann wäre Platz genug für diejenigen, die heute kein Unterkommen haben! Lächerlich ist es, von der Grenadierstraße zu reden, während im Westen immer noch kleine Familien ganze Willen oder Etagen von 20 und mehr Zimmern zur Verfügung haben!

Wenn die proletarischen Parteien für die gehechten ausländischen Arbeiter eingetreten sind und in Zukunft eintreten werden, so deshalb, weil sie für jeden Proletarier, für jeden Bedrängten eintreten. Sie kämpfen gegen alle Ausbeuter und Buhener, gleichviel von welcher Seite sie kommen, gleichviel welcher Abstützung sie sind. Wenn sich die bürgerlichen Parteien zu einer wirklichen Bekämpfung des Buhers entschließen, wollen wir die Ersten sein, die ihnen mit Material dienen werden! Wir können zeigen, wo die Buhener sitzen, gleichviel welchen Glauben sie haben. Wenn sie aber erneut versuchen, ihre eigenen Sünden und Laster auf die Masse der ausländischen Proletarier abzuwälzen, dann werden wir ihnen einen Spiegel vorhalten, damit die breite Öffentlichkeit sehen kann, wer in Wahrheit der Ausbeuter des deutschen Volkes ist!

## Der Wieringer schreibt

Vor einigen Monaten hatte Wilhelms ältester Sprößling, der auf der holländischen Insel Wieringen lebt, an den Bonner Staatsrechtslehrer v. Born einen Brief geschrieben, der etwas weniger formiert war wie die sonstigen schriftlichen und mündlichen Leistungen des „Fischerzuff“-Männchens. Darob ward er von der nationalistischen Presse gerüffelt. Um nun den Nachweis zu erbringen, daß er nicht minder hemmungslos und urechtunsüchtig als sein Vater ist, ihm auch im Schwadronieren nicht nachsteht, und daß er die Wahrheit ebenso haßt, Eigenschaften, die den richtigen Hohenzollern auszeichnen und ihn für den nationalistischen Gimpelfang erst geeignet erscheinen lassen. Hat der Kronprinz unnehr „Erinnerungen“ geschrieben. Daß er sie selbst schrieb, ist kaum anzunehmen, vielmehr deuten Stil und Aufmachung auf einen feiner berüchtigten

deutschen Kriegsberichterhatter als Autor hin, die während des ganzen Kriegesverlaufs die Dessenlichkeit systematisch belogen und jeden bewussten Schwindel der deutschen Obersten Heeresleitung als unumstößliche Wahrheit und die größte Geleier der deutschen Generalität als den Ausfluß höchster Strategie und unfehlbare Führergeniealität proklamieren.

Dementisprechend behauptet der Chef des Reichsflieger in Charlottenburg, daß die Marneeschlacht im September 1914 gar keine deutsche Niederlage gewesen sei. Daß es „unserer Schicksalswende“ war, das heißt, daß, wie alle militärischen Sachverständigen ausgeben, die Marneeschlacht den Krieg eigentlich schon zugunsten der Mittelmächte entschieden hätte, gibt auch der Kronprinz zu. Im Zusammenhang damit konstruiert er, da die Dolchstoßlegende in diesem Falle versagt, nach dem Muster anderer deutscher Kriegshelden einen Sündenbock. Der Sündenbock ist der Oberstleutnant Hentsch, der Nachrichtenoffizier der Obersten Heeresleitung. Hentsch hatte den Auftrag, die verschiedenen Armeen aufzurufen und sich von dem Stande der Dinge zu überzeugen. Dabei kam er angeht die wir zurückstreichenden Truppenmassen zu der Erkenntnis, daß nur ein schleuniges Zurückweichen der deutschen Linie ihre völlige Vernichtung verhindern könne. Demgemäß geschah es. Aber der Allweltberl von einem Kronprinz behauptet froh und lähn: „Wir hatten die französischen Gegenangriffe vollkommen abgesehen und gingen selbst zum Angriff vor, der überall erfolgreich zu werden versprach — da kam der unerhörliche Rückzugsbefehl.“ Diese einzige Bemerkung ist vollkommen hinreichend für den Wert der „Erinnerungen“, soweit militärische Dinge in Frage kommen. Dem Manne, der so etwas schreibt, fehlt jedes Urteil. Nicht einmal eine Korporalschaft hätte er führen können. Kann die militärische Niederlage Deutschlands wundernehmen, wenn Leute solchen Kalibers Armeen führten?

Aber auch mit den übrigen Kapiteln der „Erinnerungen“ verhält es sich nicht anders. Eine eingehende Besprechung des Etatsvertrages behalten wir uns indessen vor. Nur auf einen Punkt wollen wir noch hinweisen, der sich auf die Vorgänge im Hauptquartier am 9. November 1918 bezieht

## USPD.

### Funktionär-Konferenz

Am Donnerstag, den 11. Mai, abends 7 Uhr, findet in der Brauerei Köpenicker Allee 10-11, eine Konferenz der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre statt.

#### Tagesordnung:

1. Genua und die internationale Arbeiterklasse. Referent: Genosse Crispian.
2. Presse und Klassenkampf. Referent: Genosse Dittmann.

Als Legitimation gelten Mitgliedsbuch und Funktionärskarten (blau und rot).

Bezirksverband Berlin-Brandenburg USPD.

und der die neue nationalistische Behauptung über die Haltung Hindenburgs zu der Flucht des Wilhelm nach Holland über den Ozean nennt. Der Kronprinz schreibt nämlich oder läßt schreiben:

„Der Kaiser nahm die Nachricht (daß der Kaiser sofort abdanken müsse. Red. d. „Freiheit“) mit tiefem schweigendem Ernst entgegen. . . Als Dinge zu Ende war, nicht er kurz, suchte dann mit seinen Augen den Blick des Generalfeldmarschalls, als müßte er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. — Still, tief erschüttert, in ausweglosem Schweigen, hand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen. Allein war der Kaiser. Nicht einer mehr von all den Männern der DVP, trat jetzt zu ihm und sprach ihm bei.“

Also auch Hindenburg hatte den Kaiser fallen gelassen. Nicht einer mehr trat für ihn ein. Weder im Hauptquartier noch in den Berliner Redaktionsstuben, wo man jetzt wieder so große monarchistische Vögel spuckt.

## Die verbrannten Monarchistenfahnen

### Ein unerhört hartes Urteil gegen Arbeiter

Nachklänge aus der Zeit übelster politischer Mordhege im Hochsommer vorigen Jahres durchhallen am 3. und 4. Mai den Magdeburger Justizpalast. Das Landgericht hatte sich mit den Ausschreitungen anlässlich der Demonstration in Hundsbürg bei Neuhaldensleben zu befassen und fällt ein ebenso hartes wie völlig unverständliches Urteil. Eigenartig ist die Vorgeschichte des Prozesses selbst. Der Erste Staatsanwalt hatte nach Durchsicht der Akten der Voruntersuchung die Einstellung des Verfahrens beantragt und trotzdem hat das Landgericht Magdeburg die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen. Die Anklage lautete auf Landfriedensbruch und gründete sich auf folgenden Tatbestand:

In der arbeitenden Bevölkerung Hundsbürigs herrschte eine begriffliche Erregung, als am Todesstage der Frau Wilhelms des Drückerbergers auf dem Schlosse des Rittergutsbesizers v. Nathusius und auf dem Gebäude eines anderen Grundbesizers die schwarz-weiß-rote Fahne halb mast geflaggt wurde. Außerdem stand v. Nathusius durch verschiedene Reisen nach München bei der Arbeiterkassette in dem Verdacht, die Spitze der Monarchisten im Kreise Neuhaldensleben zu bilden. Das Hissen der Fahnen der Gegenrevolution wurde ganz richtig als eine Verhöhnung der Republik angesehen.

In dieser Stimmung traf die Arbeiterkassette die Kunde von der Ermordung Erzberger. Hundsbürigs Arbeiterkassette ist in ihrer Mehrzahl rechtssozialistisch orientiert und folgte einer Parole ihres Magdeburger Parteivorstandes, der zu Demonstrationen gegen die mordlüsterne Reaktion aufforderte. Redner in einer Protestversammlung war der rechtssozialistische Amtsvorsteher Jung. Anschließend bewegte sich ein gewaltiger Demonstrationenzug, dem sich fast die gesamte Bevölkerung anschloß, durch das Dorf und schwenkte dann zum Schlosse ab. Ein Arbeiter läutete während der Demonstration die Kirchenglocken.

Der Zug vor das Schlosse war in Hundsbürg Tradition, aber vor dieser Kundgebung wurde plötzlich das Tor verschlossen. Es entstand eine Stöckung und plötzlich ertönte aus der Masse heraus der Ruf, die schwarz-weiß-roten Fahnen

zu holen. Bald fanden die Demonstranten vor dem Schlosse und nach einigem Zögern ließ Herr v. Nathusius die Fahnen herunterwerfen. Ohne weitere Zwischenfälle vor dem Schlosse wendete sich nun der Zug zum Dorfe zurück und forderte auf dem anderen Gutsbesitzern die Fahnen ab, die dann auf einem freien Platz verbrannt wurden. Kein Tropfen Blut floß dabei und beschädigt wurden nur ein paar kleine Fensterscheiben und ein alter Torriegel bei einem Besitzer, der Herausfordernd auftrat.

Das sind kurz die Unterlagen, aus denen die Staatsanwaltschaft eine Anklage wegen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Hausfriedensbruch konstruierte, nachdem, wie noch einmal betont werden muß, der Erste Staatsanwalt selbst die Einstellung des Verfahrens beantragt hatte. Und das Gericht folgte ihm und verurteilte die 15 Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr bis herunter zu zwei Monaten. Dabei soll noch strafmildernd angerechnet sein, daß die Tat in einer politisch wildbewegten Zeit geschah. Die härtesten Strafen erbielten der Amtsvorsteher Jung und die Ordner des Demonstrationenzuges, trotzdem die Beweisaufnahme ergab, daß ihre vermittelnde Tätigkeit Gewalttaten verhinderte.

Dieses Urteil ist bezeichnend für unsere republikanische Rechtspflege und ihren ausgeprägten Klassencharakter. Wir sagen nicht, daß die Richter bemüht ein Klassenurteil fällten, aber sie können eben nicht aus ihrer Haut. Verhältnisse und Erziehung fesseln sie an die Anschauungen ihrer Klasse, wie konnten sie da über Angehörige der Arbeiterklasse ein Urteil fällen, das dem Empfinden des Proletariats entspricht. Sie kennen eben die Seele der Arbeiter und nehmen angeborene Rosheit dort an, wo Idealismus die Triebfeder war, wie im Falle der Fahnenverbrennung. Wir brauchen eine Justiz, die aus unserer Zeit heraus geboren ist und ihre Reaktionen versteht. Das werden auch die rechtssozialistischen Opfer des Landfriedensbruchs-Prozesses in Magdeburg und weite Kreise ihrer Parteigenossen begriffen haben. Was nützt es ihnen, wenn „Genosse“ Rothbrunn Justizminister ist und seine nachgeordneten Richter Arbeiter auf Monate ins Gefängnis schicken, weil sie etwas zu kühn die Republik verteidigten. So sehen die Erfolge der Koalitionspolitik aus: nirgends ein Fortschritt, wohin man auch blickt. Die rechtssozialistischen Arbeiter müssen ihre Führer vom Wege der Koalition ab und wieder auf den alten Weg des Klassenkampfes zurückdrängen. Gestagt es ihnen nicht, sind die Führer schon zu sehr verbürgerlicht, dann müssen ihnen die Arbeiter entschlossen den Rücken kehren und mit uns gemeinsam für bessere Zustände sorgen.

## Etat des Reichsverkehrsministeriums

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde am Freitag die Beratung über den Etat des Reichsverkehrsministeriums, Abteilung für Wasserstraßen, fortgesetzt. Angenommen wurde eine Entschließung der Abg. Göttsch und Dr. Bachmeide (Dem.), die von fast allen Parteien unterstützt wurden, wonach die Regierung dem Reichstag eine Denkschrift mit dem Plan eines einheitlichen deutschen Wasserstraßennetzes vorlegen soll, ferner eine Entschließung des Abg. Brunner (Soz.), dem Reichstag möglichst bald einen Gesetzentwurf (Reichswasserstraßengesetz) vorzulegen, wonach in Ausführung des Artikels 97 der Reichsverfassung 1. eine entsprechende Uebertragung der für die Reichswasserstraßen erforderlichen Verwaltungsbestimmungen, die gesetzlich bisher den Landesbehörden zugestanden haben, auf die Reichsbehörden erfolgt; 2. die bisher bestehenden Behördenbefugnisse und Pflichten an die praktischen und rechtlichen Bedürfnisse der Reichsverwaltung angepaßt werden; 3. die Reichsbefugnisse und Pflichten unter Befolgung der bisher unter den Ländern herrschenden Verschiedenheiten durch eine einheitliche Behördenorganisation die nötige Vereinheitlichung erfahren. Ferner verlangte der Auschuß die Vorlage eines Gesetzes betr. die einheitliche Regelung des Wasserrechts für das Reichsgebiet. In rascher Folge wird der Etat des Rechnungshofes, der Reichsschuld nach kurzer Debatte verabschiedet. — Nächste Sitzung Sonnabend.

## Dem Hochverräter Rapp geht's gut!

Als der Generallandschaftsdirektor Rapp kürzlich sein freiwilliges Domizil in Schweden mit Deutschland vertauschte, beim Verlassen des deutschen Bodens verhaftet und nach Belgien gebracht ward, wurde die Vermutung laut, daß Rapp nicht allzu hart in der Untersuchungshaft mitgenommen werden würde. Ja, sogar von vorher getroffenen Abmachungen über eine besonders milde Behandlung und ausnehmend zarte Rücksichtnahme auf den Chef der Rapp-Regierung wurde geredet. Rapplich nur von bödsartigen Menschen, die der deutschen Justiz einen Vorstoß daraus zu machen suchten, daß gegen gewöhnliche Arbeiter und sonstigen Plebs anders vorgegangen wird wie gegen nationale Persönlichkeiten mit biederländischer Gesinnung von der Art eines Rapp, Jagow, Wangenheim usw. Daß Rapp das Malheur hatte, anzukam zu werden — er soll nämlich ein Augenleiden haben und soll sogar dieses Leidens wegen operiert worden sein —, und daß er deshalb ins Krankenhaus St. Georg bei Wierichsch gebracht werden mußte, ist nur ein unglücklicher Zufall. Zufall ist es auch nur, daß er bei seinem Eintreffen im Krankenhaus von den nationalistischen gesinneten Ärzten empfangen, daß mitterweile, wie die „Reichlicher Volkszeitung“ berichtet, sein sehr umfangreiches Reisegepäck, darunter eine Schreibmaschine, unter Deckadresse im Krankenhaus eingetroffen ist und daß „der schwerkrante, vernachlässigte, unfähige Inhaftierte“ Besuche empfängt und ungehindert in unbeschränkter Maße Korrespondenzen führt. Wäre es kein Zufall, so müßte man ja eine doppelte Art der Behandlung der Untersuchungsgefangenen annehmen. Und so etwas gibt es bei uns doch nicht!

Reichswirtschaftsrat. Im sozialpolitischen Auschuß des Reichswirtschaftsrats wurde der Entwurf eines Hausgehilfengesetzes abgelehnt. Die Arbeitnehmer der freien Gewerkschaften gaben dabei die Erklärung ab, daß sie sich der Stimme enthielten, weil der Entwurf keine fest umgrenzte Arbeitszeit vorsah.

Monarchistenverhaftungen in Warschau. Im Bestreben, die Agitation russische Monarchisten in den Grenzen des polnischen Staates nicht länger zu dulden, hat die Warschauer Polizei neuerdings zehn ehemalige zaristische Offiziere verhaftet, die hinreichend verdächtig sind, eine gefährliche monarchistische Propaganda getrieben zu haben.

Paul Axelrod, der bekannte Führer der russischen sozialdemokratischen Partei, wurde am 3. Mai in Berlin operiert. Die Operation ist glücklich verlaufen.

## Zähne 10 u. 15 Mk. mit Friedenskautschuk

5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise

Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.



# Groß-Berlin

## Ein gutes Abendbrot

Beliebigkeit ist das Verhängnis.  
In Dingen, welche wir nicht zulegen.

W. B. B.

Du bist, lieber Leser der „Freiheit“, kein Schwerkrieger. Du bist gewiß ein armes Luder. Vielleicht ziehst du heute deine speditige Pelle aus dem Spind (zu einer neuen will's immer weniger reichen), hängst dir einen ausgefransten Schlips um den Hals und verwindest dein besch — — eidenes Profetendasein.

Was blinzelst du mit trüben Augen aus deinem arm-seligen Hinterhausfenster in den hellen Sonntagnachmittags-sonnenschein? Doch ich weiß: du verdienst dir in sechs harten Wochentagen dein ehrliches Margarinebrot um am siebenten Tage von deiner absoluten Ueberflüssigkeit überzeugt zu werden. Wozu ist der Sonntag eigentlich da? Zum Ausruhen, sagen die, die nie arbeiten.

Doch am Sonntag ärgert sich der Prolet am meisten: über sich, über die Seinen, über den Hunger und über die anderen. Das muß es sein, meinen die Neunmalklugen, denn der Karger sei das Gewürz des Lebens.

Wöglich, daß es so ist. Die meisten lieben nicht die streng gewürzten Speisen, aber die Suppe wird ihnen dauernd verfaulen. —

Deshalb will ich mit meinen bescheidenen Kräften dazu beitragen, dir eine Freude zu machen, lieber Leser. Eine richtiggehende Sonntagsfreude. Ich will dir erzählen von Menschen, die sich weder am Sonntag noch an einem Wochentage ärgern oder von einer Sorge geplagt werden. Aber die verstehen auch zu leben und du nicht. — denn du bist nur ein Prolete, hast einen schäbigen Anzug, keine Ladung, keine Umgangsformen und vor allem — kein Geld. Und das ist bekannlich der größte Fehler heutzutage. Das dürften immerhin genügend beweiskräftige Argumente sein, um dich von deiner eigenen Wertlosigkeit hinreichend zu überzeugen.

Nach dieser etwas schwierigen Vorbereitung wird es mir verhältnismäßig leicht fallen, dir geistig die materiellen Genüsse der anderen teilhaftig werden zu lassen. Tue ab von dir den Reiz und den Egoismus, denn das sind höchst verdammenswerte Eigenschaften, die bedauerlicherweise die Basis schufen für die völlig unbegründete Unzufriedenheit der nimmermüden Arbeiterklasse.

Du bist kein Bankdirektor. Du wirst nicht erzürnt sein darüber, daß ein Bankdirektor und seine Gattin auch einmal das Bedürfnis verspüren, sich „was zu leisten“. Wie ein solches Bedürfnis befriedigt wird, ist Nebenache. Der Kostpunkt ist ausschlaggebend. Ein Bankdirektor darf sich schon was leisten. Bitte, jeder macht sein's!

Ein gutes Abendbrot mit Wein ist sicher eine harmlose

Freude. Doch alles mit Unterschied. Du trachst in deine Gedächtnisse. Ein Bankdirektor sucht sich andere Lokale aus. So am Kurfürstendamm herum mit dem vielversprechenden Titel „Palais“ oder so ähnlich. Bestellt sich ein „anständiges“ Abendbrot für zwei Personen in der festen Absicht, sechs- bis achtausend Mark dafür anzulegen. Ein wirklich feiner Mann fragt übrigens nie nach dem Preis. Das ist ein Ding, das erst in zweiter Linie kommt, wenn man „sich etwas leistet“.

Ich muß hier einschaltend bemerken, daß es sich um keine Phantasie eines übergeschnappten Journalisten, sondern um rauhe Wirklichkeit handelt. Der Bankdirektor lebt, auch das Lokal existiert und das „anständige“ Abendbrot ist wirklich gegessen worden. Es soll gut gewesen sein. Ach, es war auch rauhe Wirklichkeit, als die Rechnung vom Herrn Ober präsentiert wurde, die nur die eine Zahl enthielt: Zwanzigtausend Mark.

Nun, auch die Gutmütigkeit und die Zahlungsfähigkeit eines Bankdirektors dürfen keiner allzu hohen Belastungsprobe unterworfen werden. Der Bankdirektor war poplig genug, danach zu fragen, wie eine solche Summe zustande kommen könnte. Doch die Inhaber solcher Lokalitäten sind Gentleman. Auf den schäblichsten Einwand der Abgefätschten, daß er sich wohl auf sechs-, acht- oder zehntausend Mark gefaßt gemacht hätte, fisch der großmütige Wirt kurzerhand die Rechnung und bat die Herrschaften, sie als seine Gäste betrachten zu dürfen. Er fügte allerdings die dringende Bitte hinzu, sein Lokal in Zukunft nicht mehr zu betreten. Nun ließ sich allerdings der Bankdirektor nicht beschämen. Er zog seine Börse, warf dem Inhaber die „verzehrten“ zwanzigtausend Mark vor die Füße und verließ das „Palais“ in der festen Meinung, daß er genehmt worden sei.

So weit der erschütternde Vorgang dieser wahren Geschichte.

Nun darfst du, anspruchsloser Leser, bei deiner triftigen Sonntagssuppe heftigste Betrachtungen anstellen über zwei Dinge. Einmal: Was muß ein Bankdirektor verdienen, um zwanzigtausend Mark für ein einziges Abendbrot ausgeben zu können. Zum anderen: Um wie viel mehr noch muß der Inhaber eines Kurfürstendampalais verdienen, der großmütig eine Beche von derselben Höhe streicht.

Stehst du, ich mache dir eine Freude. Ich erinnere dich daran, daß der Sonntag nicht nur zum Ruhen, sondern auch zum Nachdenken da ist. Man kann nie genug lernen.

Im übrigen weiß ich, daß du mit dem armen Bankdirektor Solidarität üben wirst. Du wirst dich nicht etwa dazu verleiten lassen, mit deiner blauen Fran und deinen unterernährten Kindern solche Lokalitäten im Berliner Westen in Rührung zu setzen. —

Stadtvorordnetenfraktion. Die Fraktionsmitglieder werden dringend ersucht, am Dienstag, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus zur Plenarsitzung pünktlich anwesend zu sein.

Die Ordnungsbefehle vor dem Rathaus für unsere Fraktion unterbreitete Genosse Dr. Weyl der Stadtvorordnetenversammlung folgenden Dringlichkeitsantrag:

„Die Stadtvorordnetenversammlung mißbilligt das Verhalten des Oberbürgermeisters Böß und des Stadtvorordnetenvorschers Dr. Caspari, die ohne jeden Grund Polizei zum Schutze der in keiner Weise bedrohten Stadtvorordneten angriffen haben, des weiteren mißbilligt die Stadtvorordnetenversammlung das rigore Borgehen der Polizeioffiziere gegen die Demonstranten.“

### Arbeiter Bildungsschule

In dieser Woche beginnen folgende Kurse: Montag, Schul- und Erziehungsfragen; Vortragender: Lehrer Adolf Jensen. Angesichts der kommenden Elternratswahlen und der Tatsache, daß die Reaktion in der Schule rücksichtslos vorgeht, ist es für unsere Genossen und Genossinnen besonders nötig, sich mit unseren Schulforderungen und dem Wesen der neuen Schule vertraut zu machen, um so im Kampfe gerüstet zu sein. Dienstag, Klassenkampf; Vortragender: Emil Rauch. Der Kursus des Genossen Stein: „Die soziologischen und ökonomischen Grundlagen des Marxismus“ konnte aus bekannten Gründen am Donnerstag nicht beginnen. Er beginnt aber bestimmt in dieser Woche, und zwar ausnahmsweise, wegen Verhinderung des Vortragenden, am Sonnabend, dem 13. Mai. Die folgenden Vortragsabende finden dann wieder wie vorher Donnerstags statt. Freitag, Fortsetzung des Kursums: „Sozialrevolutionäre Philosophie“; Vortragender: Dr. Hellmuth Falckenfeld. Alle Kurse finden in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9, abends 7 Uhr, statt. Vortragsbeitrag 7,50 Mk. Anmeldungen in den Kursumsabenden. Die Bibliothek der Schule ist jeden Dienstag und Donnerstag abends von 1/2 bis 1/2 Uhr geöffnet. Sie steht allen Kursteilnehmern sowie jedem Parteigenossen und Genossen, sowie den Mitgliedern der Sozialistischen Profetarierjugend unentgeltlich zur Verfügung.

Freigabe von Kohlen. Vom 8. d. M. wird Abschnitt 14 der 10-70-Zentner-Kohlenarten zur Vollerzeugung freigegeben. Ab 15. d. M. verfallen die Abschnitte 7 und 9 der 5-Zentner-Kohlenart und 9 und 10 der 10-70-Zentner-Kohlenarten.

Brotpreiskontrolle. In der Woche vom 8.-14. Mai darf Brot und Mehl nur auf die Brotpreise abgegeben und entnommen werden, deren Abschnitte das Stichtwort „Neuer Markt“ tragen. Brot und Mehl auf die Karte mit dem Stichtwort „Neuer Markt“ darf erst von Montag, dem 8. Mai ab abgegeben und entnommen werden. — Vom 8. Mai 1922 ab darf der Brotpreis im Kleinverkauf nicht übersteigen: bei Großbrot im Gewicht von 2000 Gramm 15,40 M., bei Kleingebäck im Gewicht von 50 Gramm 0,50 M.

Einheitliche Polizeistunde für Nummernplätze. Unter Aufhebung eines früheren Erlasses hat der Minister des Innern für ganz Preußen die Schlusstunde für Veranlassungsparte, sogenannte Nummernplätze, einheitlich auf 10 Uhr abends festgesetzt.

# Jeder soll's wissen!

**Wir setzen unsern Stolz darein, durch immer vorteilhaftere Angebote unseren alten Ruf allergrößter Leistungsfähigkeit aufrecht zu erhalten.**

**Hier wieder ein paar treffende Beispiele dafür.**

**Elegantes Kleid**  
aus feingeripptem, blauem Sergestoff. Mit entz. Zickzack-Stückerei, andersfarbigem Kragen

**495.-**

**Moderner Sommermantel**  
aus heller Fantasieware, in der beliebten, weiten Schlüpferform, mit schmucker Stepper-Verzierung

**375.-**

**Blaue Kostüme**  
750.- 1150.- usw.

**Fantasie-Kostüme**  
595.- 975.- usw.

**Overcoats**  
475.- 650.- usw.

**Tuchmäntel**  
850.- 1250.- usw.

**Fantasiemäntel**  
295.- 495.- usw.

**Wollkleider**  
395.- 595.- usw.

**Waschkleider**  
275.- 475.- usw.

**Königstr. 33**  
Am Bahnhof Alexanderplatz

**Chausseestr. 113**  
Beim Stettiner Bahnhof

Wegen des erfahrungsgemäß starken Andranges auf unsere Inseratangebote können schriftliche Bestellungen auf dieselben nicht berücksichtigt werden!

# Genossen und Genossinnen!

Die am Mittwoch, den 3. Mai, stattgefundene Sitzung des Zentralvorstandes beschäftigte sich mit der Beitragsfrage und den notwendigen Maßnahmen zwecks Erhaltung und Ausbau unserer Zeitung „Freiheit“.

Mit Rücksicht auf die ernente starke Entwertung unserer Mark und die dadurch bedingten vermehrten Ausgaben, beschloß der Zentralvorstand, „bis zur endgültigen Regelung durch die Verbands-Generalsversammlung ab Monat Mai von allen Mitgliedern doppelte Beiträge zu erheben (in Berlin für Männer 10 Mk., für Frauen 4 Mk. pro Monat, in der Provinz für Männer 8 Mk. und für Frauen 2 Mk. pro Monat als Mindestbeitrag). Wir nehmen an, daß alle Mitglieder für diese nicht mehr zu umgehende Erhöhung des Beitrages Verständnis haben und die zwingende Notwendigkeit einsehen.

Bei Punkt Presse wurde vom Zentralvorstand beschlossen, „vorläufig auf 3 Monate einen Pressfondsbeitrag von monatlich 2 Mk. pro Mitglied obligatorisch zu erheben“. Zweck Schaffung eines Pressfonds wird beim Hauptkassierer, Genossen Herbst, im Sekretariat, Breite Straße 89, ein besonderes Konto „Pressfonds“ eingerichtet. Diesem Konto sind alle Beträge für die Presse, auch die Sonderzuweisungen wirtschaftlich besterger Mitglieder, zuzuführen. Auch über diesen Beschluß erwarten wir allseitige Zustimmung. Es ist Ehrenpflicht eines jeden, seinen Verhältnissen entsprechend zur Schaffung eines Pressfonds durch direkte Ueberweisung von Beträgen oder direkt durch Entnahme von Pressemarken beizutragen.

## Die fällige

### Verbands-Generalsversammlung (Bezirks-Parteitag)

für Berlin-Brandenburg findet am Sonntag, den 11. Juni, statt. (Kotalongabe folgt.)

#### Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Bericht der Revisoren.
3. Neuwahl der gesamten Bezirksleitung.
4. Beschlußfassung über die eingelaufenen Anträge.

Alle Anträge müssen laut Statut bis zum 29. Mai dem Berliner Büro zugegangen sein. — Die Delegiertenkarten gehen den Distrikten rechtzeitig zu. Wir bitten die Distrikte, zur Verbands-Generalsversammlung Stellung zu nehmen.

U. S. P.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.  
Die Bezirksleitung.

## Die Bedeutung der Elternbeiratswahlen

Ueber dieses wichtige Gebiet sozialistischer Kulturarbeit referierte am Freitag, den 5. Mai, Gen. Dr. Löwenstein in einer von den Neuführer Elternbeiräten aller drei sozialistischen Parteien einberufenen öffentlichen Versammlung in Kleins Parkalen. Er wies darauf hin, daß die Schule als öffentliche Einrichtung des Staates und der Gemeinden immer politischen Charakter tragen wird, ohne den Unterschied in ihr mit der Politik zu verknüpfen. Scharf rechnete er mit der Heuchelei der „christlich unpolitischen“ Elternbeiräte ab, die früher niemals gegen eine Erziehung ihrer Kinder zum Byzantinismus und Chauvinismus etwas einzuwenden hatten, nun aber sich mit aller Macht einer freiheitlichen Gestaltung der Volksschule widersetzen.

## Die soziale Dichterin von Wien

Von Anna Ruhbaum.

Sie gehört zu den begnadeten Naturen, deren Leben eine Einheit von Gedanken und Tat darstellt. Dies dankt sie ihrer ethischen Kraft, einem alles überstürmenden Altruismus und vor allem der geradezu stolzen Gleichgültigkeit gegen äußere Ehren, Ruhm und Geld. Seit Jahren kennt man sie überall dort, wo es zu helfen gilt. Nicht in lauter Wohlthatigkeitsmache, bei Bazaren und ähnlichen Veranstaltungen. Sie wirkt nachdrücklich, nimmermüde, sanft-beherrlich, im Stillen durch ihre Arbeit, in der Dessenlichkeit durch ihr mahnendes Wort.

Else Feldmann entstammt einer armen Wiener Familie, erkannte schon mit siebzehn Jahren Beruf und Aufgabe und ist seitdem niemals, auch nicht in Zeiten schwerster Not und allgemeiner Verwirrung von dem abgewichen, was ihr Urbedürfnis war: den Armen und Bedrängten schweigerlich beizuhelfen. Ihr strenges Gerechtigkeitsgefühl, ihr überaus warmes Herz, das allen Leiden offen steht, die schmerzliche Gabe, Qualen der anderen bitterer zu empfinden als eigenes Schicksal, haben ihr von Anfang an den Weg gewiesen. Willig hat sie das Kreuz der Menschheit auf sich genommen.

Zuerst erragte die unbillige und sinnlose Art, in der jugendliche Vergehen gerichtet wurden, ihre Aufmerksamkeit. Bisher waren sie nach bekannter Schablone, durch jahrhundertliche, erstarrete Maßnahmen geahndet worden, ohne daß man sich die Mühe nahm, tiefere, psychologischen und sozialen Ursachen nachzuforschen, die Seele des Kindes, des halbwüchsigen Mädchens, des Jünglings zu erforschen, erbliche Belastung, Erziehung, Milieu und äußere Einwirkungen zu berücksichtigen.

Else Feldmann veröffentlichte nun regelmäßig kritische Darstellungen „aus dem Gerichtssaal“, wies so lange, so eindringlich und bestig auf die verbrecherische Gleichgültigkeit hin, mit der über junge Menschenleben abgeurteilt wurde, daß ihre Worte endlich gewünschten Erfolg hatten. Nach amerikanischem und Schweizer Muster wurde ein eigenes Jugendgericht geschaffen, das von einem besonders gütigen und verständnisvollen Manne geleitet, nun seit Jahren erspriehliche Tätigkeit entwickelt. Daran schließt sich die „Jugendfürsorge“, in der wertvolle Frauen und Männer wirken. Sie hat sich zur Pflicht gemacht, die Familienverhältnisse der jugendlichen Hebeliter auf das genaueste zu erforschen. Eine Anzahl von Heimen wurde gegründet, die nicht mehr mit den berüchtigten „Veslerungsanstalten“ des Vormars zu tun haben. Es sind Gemeinschaften, in welchen die jungen Menschen nach strenger Arbeit auch Ruhe und

Jetzt erheben sie Protest gegen den geplanten Abbau des humanistischen Gymnasiums, dessen Schülerzahl längst nicht mehr seine Erhaltung rechtfertigt, und sind wegen einer Schulverlegung sogar in den Schulstreik getreten. Die sozialistische Elternschaft muß die Weltlichkeit der Schule und ihren freiheitlichen Ausbau mehr als bisher fordern und erkennen, wie notwendig der Kulturkampf für die Durchführung des Sozialismus ist. Die Elternbeiratswahlen müssen mit einem Sieg der arbeitenden, sozialistischen Bevölkerung enden.

In der Diskussion versuchten einige „christlich unpolitische“ vergebens ihren Standpunkt zu verteidigen und gegen den „unchristlichen Stadtschulrat“ Sturm zu laufen. Im Namen der 80 Prozent christlichen Kinder (weshalb fromme Stadt Neufuß!) forderte ein Redner auch einen „christlichen“ Stadtschulrat.

Als Gen. Löwenstein das Schlusswort nehmen wollte rief einer der „Gläubigen“ „Juden raus!“, um eilig davon zu laufen. Im Schlusswort forderte der Referent, der leicht die Diskussionenredner gebührend heimlichsteig, nochmals auf, den Kampf um die Schule als eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterschaft mit allen Kräften zu führen.

Die Listen liegen bis zum 13. d. Mts. aus. Es ist Pflicht aller Eltern, sich zu vergewissern, ob sie auch wirklich in die Listen aufgenommen sind!

Die Wähler haben das Recht, Abschriften von den Wählerlisten zu nehmen!

Die Kandidaten-Listen müssen spätestens am 17. April eingereicht werden.

Schließlich sei noch auf folgendes aufmerksam gemacht: Bei der Zusammenlegung von Ausnahmefällen sind in vielen Schulen Knaben und Mädchen vereinigt worden. Die Eltern solcher Knaben nun, welche eine Mädchenschule besuchen, müssen ihr Wahlrecht an den betreffenden Mädchenschulen ausüben und kommen entl. als Kandidaten auch nur für die Mädchenschule in Betracht.

## Elternbeirats-Wahlen!

Seht die Wählerlisten ein!

Sein fünfundzwanzigjähriges Parteijubiläum konnte in diesen Tagen der Genosse Alfermann, Steglitz, begehen. Der U.S.P. gehört Gen. Alfermann seit ihrem Weichen an. Das Vertrauen der Genossen übertrug ihm das Mandat eines Stadtverordneten. Wir wünschen dem Genossen Alfermann noch recht viele Jahre im Interesse der Arbeiterbewegung.

Eine treue Genossin ist wieder aus dem Leben geschieden. Genossin Helene Daak-Baumgärtchen verstarb am Donnerstag, dem 4. Mai, im Krankenhaus Brühl an einer tödlichen Krankheit. Etwa 20 Jahre wirkte die Genossin unermüdet in der Partei und im Kommunalwesen, wo sie speziell in der Wohlfahrtsfrage vielfach in leitender Stellung tätig war. Selbst als die schleichende Krankheit sie schon peinigte, blieb sie auf ihrem Posten, bis es gar nicht mehr gehen wollte. Nur wenige Veranlassungen hat es in den 20 Jahren gegeben, wo Helene Daak fehlte, überall war sie mit ihrem geistigen Humor zu finden. Als während des Krieges die U.S.P. entstand, fanden wir Genossin Daak vom ersten Tage an mit Eifer auf dieser Seite. — Die Beisetzfeier findet Dienstag, den 9. Mai, abends 6 Uhr, im Krematorium Baumgärtchen statt.

Einkommensteuerzahlung. Das Landesfinanzamt Groß-Berlin fordert die Einkommensteuerpflichtigen, denen die Steuer nicht vom Gehalt oder Lohn abgezogen wird, auf ihre für die Steuerjahre 1921 und 1922 aufgelaufenen Steuerschuldbeträge in Vierteljahrstraten zu zahlen. Die erste Rate war fällig am 15. Februar, die zweite wird fällig am 15. Mai. Weitere Raten sollen am 15. August und 15. November gezahlt werden.

Umsatzsteuer von möblierten Zimmern. Ueber die Umsatzsteuerpflicht bei Vermietung eingerichteter Räume durch Privatpersonen hat der Reichsfinanzhof ein wichtiges Urteil ge-

fällt. Der Gerichtshof billigt die Rechtsauffassung, daß die entgeltliche Vermietung eingerichteter Räume durch Privatpersonen eine gewerbliche Tätigkeit im Sinne des Umsatzsteuergesetzes darstellt, wenn die auf die Dauer berechnet ist. Sie unterliegt dann grundsätzlich der Steuer, auch wenn die Vermietung durch die Zwangswirtschaft veranlaßt ist. Es kommt dabei nicht darauf an, ob ein Gewinn erzielt werden soll. Die Dauer, auf die die Tätigkeit gerichtet ist, braucht nicht unbegrenzt zu sein; vielmehr kann sich die Absicht, tätig zu sein, auf eine ganz bestimmte Gelegenheit von vornherein beengter Zeitdauer abstellen, z. B. auf die Dauer der Wohnungswirtschaft.

Einen eigenartigen Unfall erlitt vorgestern abend gegen 10½ Uhr der 30 Jahre alte Töpfer Julius Mithing aus Charlottenburg. Als er auf seinem Fahrrad die Charlottenburger Chaussee entlangfuhr, wurde er plötzlich in der Nähe des Kleinen Sterns von einem Privatkraftwagen, der ihn überholen wollte, von hinten attackiert. Sein Fahrrad blieb auf dem Räder liegen, und er selbst flog im hohen Bogen auf das Chausseepflaster. Der Fahrer des Autos raste in unverminderter Schnelligkeit weiter und schaltete die Beleuchtung am hinteren Erkennungszeichen aus. Erst am Großen Stern hielt er einen Augenblick an, um das Fahrrad von dem Kübler herunterzunehmen und es auf der Vordeschwelle niederzulegen. Ein Chauffeur, der den Flüchtigen verfolgte, konnte in diesem Augenblick wenigstens die Nummer des Kraftwagens feststellen. Mithing, der Verletzungen im Gesicht und am Kopfe davongetragen hatte, wurde nach der Charité gebracht.

Die am Leben Berzweifelten. Freitag abend gegen 10½ Uhr sprang der 21 Jahre alte Arbeiter Fritz M. vor Kuppergraben 4 in die Spree. Wurde aber durch einen Schiffer wieder herausgehoben. — Wegen Arbeitslosigkeit hat sich Freitag nachmittag der 62 Jahre alte Müller Hermann Sch. in seiner Wohnung in der Köpenicker Straße auf dem Abort erhängt. In der Tegeler Weide im Jagd 119 hat sich Freitag nachmittag der 40 Jahre alte Arbeiter August W. erhängt. — Aus dem Urbanhofen landete man Freitag nachmittag die Leiche einer weiblichen Person, die etwa 23 Jahre alt gewesen sein mochte. — Die 46 Jahre alte Frau Luise K. vergiftete sich nachts in ihrer Wohnung in der Jasmunder Straße mit Gas. Als man sie auffand, war sie bereits tot. — Mit Gas vergiftet fand man vorgestern nachmittag die 27 Jahre alte aus Libau gebürtige Studentin Rebekka B. in ihrer Wohnung in der Kommissenstraße bestunungslos auf. Sie fand im Krankenhaus Bekundung Aufnahme. — Auf dem Sportplatz in der Behmstraße entdeckte man Freitag früh die Leiche eines Mannes, der sich erhängt hatte. — Wegen schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse vergiftete sich der 23 Jahre alte Kaufmann Bernhard S. in seiner Wohnung in der Götterstraße in Schönberg mit Gas. Er konnte noch gerettet werden. — An der Ecke der Rathenower und Turmstraße fand man in der Freitag-Nacht die 20 Jahre alte Arbeiterin Walke B. in hilflosem Zustande auf. Sie hatte sich aus Liebeskummer vergiftet. Man brachte sie nach der Rettungshilfe am Tempelhofer Ufer. — Mit dem Gasbalken im Munde wurde vorgestern der Bürogehilfe Herbert A. in der Wohnung seiner Mutter in der Köpenicker Straße bewußtlos aufgefunden. Es gelang, ihn zu retten. — Der 25 Jahre alte Kaufmann Otto K. verriegelte vorgestern die Tür seiner Wohnung in der Lauenburger Straße in Steglitz und atmete Gas ein. Er wurde in bewußtlosem Zustande nach dem Krankenhaus Lichtenfelde gebracht.

Starker Verwesungsgeruch im Hause Skalitzer Straße 119 veranlaßte gestern abend die Wirtin, die Wohnung des verstorbenen Otto Meyer öffnen zu lassen. Man fand M. tot im Bette liegend auf. Den Fußboden vor dem Bett bedeckte eine große Blutlache. Zur Feststellung der Todesursache übergab man die Leiche dem Schauhaus.

reglich empfohlen bei:

**Togal** Sicht, Grippe, Rheuma, Herzschuß, Zschia, Nervenschmerzen.

Togal mild die Schmerzen und hebt die Durchfälle aus. In allen Apoth. erhältlich. 64, 3/4 Acet. salic. 0,600%, Chinin, 2,5%, Lithium, ad 100 Amylum

Berührung finden, liebevoll einem neuen Leben entgegengeleitet werden.

Dann unternahm es die junge Christkellnerin, das Spitalwesen zu studieren. Durch Augenblicke überzeugt sie sich von Schäden, die sie mit großem Mut und rücksichtsloser Wahrhaftigkeit in einer Reihe von Artikeln bloßlegt. Auch hier hat sie ganz außerordentliche Verbesserungen angeregt und ins Leben gerufen, bei deren Durchführung man in den letzten Jahren freilich mit großen materiellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Es gibt kaum ein soziales Problem, zu dem sie nicht Stellung genommen hat: Das Wohnungsproblem der arbeitenden Klassen, Mutterrecht, Alkoholfrage, Prostitution — das sind die Themen, die sie ihren Artikeln zugrunde legt. In Tausenden von Spezialfällen menschlichen Unlücks, öffentlicher Ungezügtheit hat sie ihre anklagende und warnende Stimme erhoben. Niemals ohne Widerhall. Denn im letzten Grunde ist der Mensch gut — an diesem Glauben hält sie fest. Er hilft ihr, oft solcher Unmögliche durchzuführen.

Ihre Haltung während des Krieges war von höchster menschlicher Einsicht und Güte bestimmt. Nicht einen Augenblick lang hat sie den Wahnsinn geteilt, der eine ganze Welt zu erfassen schien: vom ersten Tage an, nicht ohne Gefährdung ihrer persönlichen Sicherheit, hat sie laut gegen das unwürdige Gemisch protestiert. Mehr noch als vorher gibt sie ihr Leben den Verdenden. Ihre Diskretion konnte sich leider nicht, wie sie so gern gewollt hätte, über die Grenzen ihres Landes erstrecken. Aber innerhalb dieser hat sie alles getan, was in ihren Kräften stand, um schreckliche Not zu lindern: vor allem hat sie sich der Kinder angenommen, sie aus Land gebracht oder ihnen dabei für Nahrung und Kleidung gesorgt, wobei sie besonders von unseren englischen Freunden, den Quäkern, aufs treueste unterstützt wurde.

Die Volksebene wird mir ähren, daß ich davon spreche. Denn ihrem Wunsche gemäß wurde es noch niemals der Dessenlichkeit fundament. Aber es ist Zeit, daß es bekannt wird, allen Frauen zum Beispiel.

Ihre aufreibende Tätigkeit für andere, die ihr eigenes Dasein ausfüllt, hat ihr bisher wenig Ruhe für eigene literarische Arbeit gelassen. Und doch schafft sie — spart sich oft farge Nachtruhe ab — schafft unermüdet, aus reicher Fülle dichterischer Begabung. Ein Drama aus dem jüdischen Volksleben „Der Schrei, den niemand hört“ wurde im Jahre 1914 mit nachhaltigem Erfolge an der Wiener Volksbühne aufgeführt. Ein Stück, welches das Tuber- tulusproblem behandelt, gelangt in Kürze zur Darstellung. Ein Dokument von großer, menschlicher, sozialer und dramatischer Bedeutung. — Trotz der Witten ihrer Freunde hat Else Feldmann sich noch nicht entschließen können, ihre sozialen Aufsätze gesammelt herauszugeben. Aber auch das wird kommen, und wir werden in diesem Buche das wahr-

haftigste Denkmal unserer Zeit besitzen, ein Memento von erschreckender Tragik.

Nun hat sie uns einen ergreifenden Kinderroman geschenkt. Er heißt „Löwenzahn“, nach jener Blume, die dem armen Großstadtkinde einige Verheißung einer gütigen Natur ist, und ist im Nicola-Verlag in Wien erschienen.

In jarten, leisen Worten wird uns die Geschichte eines Wiener Proletariatskindes erzählt. — Sein Leben im engen Kreis täglicher Sorgen, därtiger Freuden, im Getriebe der Stadt oder draußen in den Praterauen — dem Paradies der Armen. Neben dem blumigen, träumerischen Mädchen, das in ungestillter Sehnsucht, bangem Ahnen dem Unbekannten entgegenreist, erscheinen Wesen von harter Lebendigkeit; der gutmütig-schwache Vater, von bestem Willen besetzt, aber ohne die Kraft, sein Dasein in geordnete Bahnen zu lenken, die gärtliche, trotz schwerer Arbeit noch reizvolle Mutter, innig bemüht, dem bedrückten Heim ein wenig Sonne zu bringen, das frange Schwesterchen voll frühreifer Klugheit, der stürmische kleine Bruder, erster Gymnasialknabe, weisheit stolz, die märchenhafte Schwester Pia, und vor allem die prächtige Gestalt des Dienstmädchens Ploni, ein richtiges Kind des österreichischen Volkes, gut, hilfsbereit, uneigennützig, ein wenig leichtsinnig und doch höchster Aufopferung fähig, die beste Freundin und Spielgefährtin der Kinder, Erfinderin schönster Geschichten. Auch in der Beschreibung der übrigen Personen, in der Andeutung dunkler Schicksale offenbart sich Gestaltungskraft, die unmittelbar aus der Wirklichkeit schöpft.

Ueber dem Ganzen liegt ein Hauch zarter Poesie und sanfter Schwermut. Aber der Ausklang ist Lebensglaube.

Das junge Mädchen ist mit der Freundin vor die Stadt gewandert:

„Der Abend hüllte uns ein. Aus den Gasthäusern kam Musik. Unter den elektrischen Lichtern gingen Menschen spazieren.“

Auf die Wiesen senkte sich ein feiner, weißer Dunstnebel herab und deckte die vielen weißen und gelben Blumen zu.

Nun schlafen sie, sagte Leonore.

Ja, sie atmen und schlafen.

Vor einem Baume blieb ich betend stehen.

Ich sah wie im Traum über die Wiese hin.

Ich pflückte eine gelbe Blume und hielt sie in meiner Hand und sah sie an: Löwenzahn, du Blume aus meiner Kinderzeit!

Ich sah hinaus zur Höhe.

Der Himmel ist blau mit weißen Wolken, so weiß wie dein Gesicht, Leonore.

Schau, sagte ich — oben!

Ja, die Sterne!

Wie schön — meine Sterne!

Und meine! sagte Leonore und lächelte mild.

Gewerkschaftliches

Positive Gewerkschaftsarbeit

In Nr. 212 des „Vorwärts“ wurden in einem Bericht einer SPD-Metallarbeiter-Versammlung die schon zu wiederholten Malen von uns richtig gestellten falschen Behauptungen der Fraktionsleitung der SPD-Metallarbeiter von Ziele erneut wiederholt.

An und für sich würde diese Tatsache keiner besonderen Erwähnung wert sein, weil mit der Wiederholung unrichtiger Behauptungen der Wahrheit nicht gedient wird. Eigentümlich muß es aber berühren, daß eine Gruppe von Metallarbeitern, die es sehr häufig als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet hat, an dem Vorwurf der Sabotierung der Gewerkschaftsarbeit zu machen, jetzt ihre eigenen Anhänger, sogar durch einen Beschluß auffordert, die von der Gesamtorganisation verlangte gewerkschaftliche Betätigung zu unterlassen! Während alle verantwortlichen Funktionäre bisher stets ihr Bedauern zum Ausdruck brachten, daß ein Teil der Metallarbeiter nicht das notwendige Interesse für die Gewerkschaftsvorgänge aufbringen, werden jetzt infolge der glorreichen SPD-Fraktionsstätigkeit Metallarbeiter direkt zur Indifferenz verpflichtet.

Wir registrieren diesen Vorgang wie so manchen andern und werden bei geeigneter Gelegenheit uns dieser hervorragenden gewerkschaftlichen Tat der SPD-Gewerkschaften zu erinnern wissen.

Gärung in der Postbeamten-Gewerkschaft

In einer stark besuchten Mitgliederversammlung der Reichsgewerkschaft deutscher Post- und Telegraphenbeamten in der „Neuen Welt“ kam erneut die Erregung der Beamtenschaft über ihre Rechtslosmachung bei der Wahl der Beamtenschaft zum Ausdruck. Der Referent Niel kritisierte den Erlass des Reichspostministers Giesberts und insbesondere die Bestimmungen, die fordern, daß sich sogar die Beamtenträte dazu hergeben sollen, über die persönlichen Verhältnisse den Dienstvorgesetzten Bericht zu erstatten. Nach einem solchen Erlass muß die Beamtenschaft jede Beteiligung an einer Wahl ablehnen. In einer langen Diskussion, in der häufig der Beamteneid angegriffen wurde, weil er diese Wahl befürwortete, traten alle Redner für die Schaffung des Beamteneidgesetzes ein, das den Beamten auch eine wirkliche Vertretung ihrer Interessen sichert. Venz (Vorstandsmitglied), der die Haltung des Beamteneidrats verteidigen wollte, mußte, durch härmliche Zwischenrufe unterbrochen, vorzeitig seine Rede beenden.

Gen. Hoffmann sowie Scherz vom Verkehrsband traten unter Beifall der Versammelten für Wahlenthaltung ein. Eine Resolution, die zur strengen Wahlenthaltung auffordert und dem Beamteneidrat ihr Mißfallen ausdrückt, fand Annahme.

Ebenfalls wurde die baldige Verabschiedung des Beamteneidrats gefordert und gegen das Verbot des Ausschusses der Versammlungsbekanntmachung durch die D. P. D. Berlin protestiert.

Eine Reichskonferenz, einberufen vom Deutschen Verkehrsband, an der Delegierte aus allen D. P. D. Bezirken teilnahmen, beschäftigte sich ebenfalls mit dem Erlass des Reichspostministeriums vom Mai d. J. über die Bildung und Aufgaben der Beamtenschaft (Amtsblatt Nr. 15).

Reichstagsabgeordneter Bender hielt das einleitende Referat und zerstückte jenen famosen Erlass nach jeder Richtung hin.

Bender kam zum Schluß, daß, wenn die Beamtenschaft nach diesem Erlass wählt, dann werden die Beratungen über das Beamteneidgesetz wesentlich zu Ungunsten der Beamten beeinflusst. Gerade die Mitglieder der Reichspostgewerkschaft, die Reichstagsabgeordneten Morath, Mekotte und Höfle sind es, die die Wünsche der Beamtenschaft nicht berücksichtigen. Deshalb muß sich die Beamtenschaft wehren und darf sich unter keinen Umständen diesen Erlass ausfrotzeln lassen.

In einer längeren Resolution, die einstimmig angenommen wurde, fand die Proklamation der Wahlenthaltung Annahme.

Generalversammlung der Holzarbeiter

Die ordentliche Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter fand am 27. April d. J. statt. Der erste Bevollmächtigte, Genosse Freigang, gab einen ausführlichen Jahresbericht und zählte all die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe auf, der der Verband in der abgelaufenen Geschäftsjahresperiode durchzuführen hatte. Redner erwähnte die Produktionssteigerung zu Anfang 1921, die erst Mitte des Jahres wick, und den großen zehnwöchigen Kampf, den wir hier seiner-

zeit ausführlich würdigen. Freigang gedachte auch der Kämpfe innerhalb der Organisation mit den Kommunisten, der letzten Endes im Sinne Amsterdams entschieden wurde. Die an dem Bericht sich anschließende Diskussion hielt sich reiflos hinter die Verwaltung.

Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Ein Antrag, die Wahl der Ortsverwaltung durch eine Verhältniswahl vorzunehmen, verfiel der Ablehnung. Nach Abgabe einer freigewerkschaftlichen Erklärung von der Ortsverwaltung wurden alle Funktionäre wiedergewählt. Zum Gewerkschaftskassierer wurde Freigang delegiert.

Nach Erledigung einiger anderer Wahlen wurde in die Beratung der vorliegenden Anträge eingetreten. Ein Antrag, Erhöhung der Beiträge auf 24 Mk., 20 Mk., 14 Mk., 9 Mk., 5 Mk. und 0,50 Mk. je nach dem Stundenlohn, wurde angenommen. Ebenfalls die Anträge auf Reorganisation, Anstellung eines Kollegen zur Vertretung bei Klagen vor den Arbeitergerichten sowie der Antrag zum Gewerkschaftskassierer und Schaffung von Industrieorganisationen.

Abgelehnt wurde der Antrag, Mittel für die Fortführung der gewerkschaftlichen Warenverteilungsstelle zur Verfügung zu stellen. Der letzte Antrag rief eine längere Diskussion hervor. Obgleich darauf hingewiesen wurde, daß den Holzarbeitern bei Verweigerung eines Darlehens zu diesem Zweck auch kein Recht zusteht, von den Verhältnissen Gebrauch zu machen, wurde, wie oben angeführt, entschieden.

Metallarbeiter! Auf zur Wahl!

Montag, den 8. Mai, finden die Wahlen der Delegierten zum Gewerkschaftskongress in den im Ingeratenteil veröffentlichten Lokalen statt. Jeder unabhängige Metallarbeiter hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch jeder mit uns Sympathisierende seine Stimme für die Liste der Unabhängigen Metallarbeiter abgibt. Die Namen der Kandidaten der U.S.P. wurden in der gestrigen „Freiheit“ bereits veröffentlicht.

Jeder Parteigenosse muß nicht nur Wähler, sondern auch Agitator für die unabhängige Liste sein. Die Metallarbeiter müssen zeigen, daß auch ohne jedes Kompromiß die unabhängige Richtung die stärkste und siegreichste ist. Tue jeder seine Pflicht!

Das Zentralwahlbüro der U.S.P.-Metallarbeiter ist Breite Straße 8, Seitensügel I. (Telefon: Zentrum 15230.)

Alle U.S.P.-Kollegen müssen sich zur Wahlhilfe zur Verfügung stellen.

Betriebsräteschule

In dieser Woche beginnen die neuen Kurse der Betriebsräteschule. Alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellte, insbesondere die Betriebsräte und Funktionäre fordern wir auf, an ihnen teilzunehmen. Erst wenn wirtschaftliche und arbeitsrechtliche Kenntnisse weit mehr unter der Arbeiterschaft verbreitet sind als bisher, wird sie in der Lage sein, allen Angriffen des Kapitals erdolareichen Widerstand zu leisten. Die Anmeldung kann im Kursus erfolgen oder im Büro der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Berlin, Engelauer 24/25, 2. Hof, 1 Tr. Für Arbeitslose ist die Teilnahme unentgeltlich. — Montag, den 8. Mai 1922, beginnen folgende Kurse: Zentrum, Sophien-Platz, Weinmeisterstr. 10/17: Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und die Steuerungsfragen; Lehrer: Dr. Rudolf Meerwarth (ab 8 Uhr). Süd-Platz, Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz: Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise; Lehrer: Frida Windelmann (nachm. 6 Uhr, Reichensaal). Sowjetrußland und die westeuropäische Wirtschaft; Lehrer: Alexander Stein (ab 8 Uhr Reichensaal).

Gegen arbeitsrechtliche Verschlechterungen

Die letzte in hattgefundene Generalversammlung der Maschinen- und Heizer beschäftigte sich neben arbeitsrechtlichen Fragen mit folgender Tagesordnung: 1. Beitrags-erhöhung, 2. Geschäftsbericht, 3. Kasernenbericht. Nach eingehender Beratung durch den Kollegen Reinefeld wurde die allen Kollegen bekannte Vorlage des Verbandsvorstandes und Verbandsbeitrages einstimmig

angenommen. Die Wochenbeitragsätze betragen einen DurchschnittsStundenlohn weniger 2.— Mk. Der Kasernenbericht wurde durch Holz gegeben. Die Einnahme betrug rund 265.000 Mk. Aus der Kasse wurden allein an Streikunterstützung rund 42.000 Mk. gezahlt. Der Geschäftsbericht gab den Beweis, daß an den Funktionären und Angestellten der Organisation große Anforderungen gestellt wurden. Angenommen wurde eine Resolution, die sich gegen die arbeitsrechtlichen Verschlechterungen wendet und den Verbandsvorstand auffordert, den Aktivistentag aufrechtzuerhalten und dafür zu sorgen, daß die „Schandvorlage“ des Entwurfs zum Arbeitszeitgesetz in den D. P. D. verschwindet.

Generalversammlung der Maler

Die am 30. April im Gewerkschaftshaus hattgefundene Generalversammlung der Filiale Berlin des Verbandes der Maler beschäftigte sich mit dem Jahresbericht und mit den Wahlen zum Vorstand. Der Vorsitzende Böber erläuterte den gedruckten vorliegenden Jahresbericht. Er hob u. a. hervor, daß die in dem letzten Jahre notwendigen Lohnkämpfe außerordentlich erschwert wurden durch die schon seit Kriegsende anhaltende Arbeitslosigkeit, über die in der Jahresbericht in Zahlen Auskunft gibt. Trotzdem war es möglich, im vergangenen Jahr eine fünfmalige Lohnerhöhung zu erzielen.

Die Durchführung des Betriebsrätegesetzes sowie die Ueberwachung der Verordnung vom 12. Februar 1920 und anderer Gesetze zum Schutze der Arbeiter ist, wie auch in den Vorjahren immer noch mit Schwierigkeiten verknüpft, so daß in ca. 140 Fällen der Schlichtungsausschuss sich mit diesen Angelegenheiten beschäftigen mußte.

Auch den Arbeiterschutzebestimmungen wurde viel Beachtung geschenkt, da immer wieder Uebertretungen zu verzeichnen waren.

Die Mitgliederzahl stieg und die Fluktuation hat etwas nachgelassen, wodurch die Massenverhältnisse der Filiale nicht unwesentlich verbessert wurden.

Die Kommunisten, die alles aufgaben hatten, in dieser Versammlung die Geschäftsleitung der Filiale Berlin an sich zu reißen, betonten ausdrücklich in der Diskussion, daß sie an der sachlichen Tätigkeits des Vorstandes nicht auszusuchen hätten. — Mit großer Majorität wurde der bisherige Vorsitzende Böber wiedergewählt, ebenso sämtliche Vorstandsmitglieder. Das durch den Ausschluß des Kommunisten Selbstem erledigte Mandat für den Verbandsbeitrag wurde dem Kollegen Haberland übertragen. Durch die Sabotage der Kommunisten nahmen die Wahlen mehrere Stunden in Anspruch, so daß einige sehr wichtige Tagesordnungspunkte bis zur nächsten Versammlung vertagt werden mußten.

Betriebsrätewahlen in den Banken. Bei der Neuwahl des Betriebsrates in der Darmstädter Bank, Berlin, erhielt der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten 188 Stimmen (14 Sitze). Der D. V. B. 808 Stimmen (4 Sitze). Die Oberbankvereinerung 166 Stimmen (keinen Sitz). Bei der Handelsbank A.-G. konnte der Allgemeine Verband sämtliche Sitze (6 Sitze) besetzen, während er bei der Sparkasse Berlin von 10 acht Sitze erhielt. Zwei Sitze fielen dem Zentralverband der Angestellten zu.

Zum Streik in der Blumen- und Federbranche. Die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branche stehen seit dem 1. Mai wegen Lohnforderungen im Streik. Wir fordern die Mitglieder der im Kartell der Bekleidungsindustrie zusammengeschlossenen Verbände auf, keinerlei Streikarbeit zu leisten. Uebt krenale Solidarität, fällt den Streikenden nicht in den Rücken! Kartell der freien Gewerkschaften in Textil und Bekleidungsbranche.

Graphische Hilfsarbeiter. Dienstag, den 9. Mai, abends 8 Uhr, bei Denuig, Alexandrinenstraße 44, gemeinsame Sitzung aller Funktionäre der Richtung Amsterdam, die Anhänger der Liste I zur Ortsverwaltungswahl sind. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet. — U.S.P.-Aktionsaus-schub.

Gaswirtschaftsgehilfen! Der Betrieb Paul Lude, Heinersdorf, Kaiser-Wilhelm-Str. 67, ist wegen Tarifbruch für organisierte Gaswirtschaftsgehilfen gesperrt.

Bauarbeiter. Für Einieher sind die Siedlungsarbeiten am Hohndamm wegen Differenzen gesperrt. Deutscher Holzarbeiterverband.

M. SCHULMEISTER

Kottbuser Tor Herrenanzüge M.1575-3500 Herrenschnüpf M.1450-3000 Regenmäntel

Unsere Riesenvorräte befriedigen jeden Wunsch in Bezug auf Moden-Preisgestaltung

- Kinder-Schnürstiefel schwarz echt Chevreau, bequeme rationale Form. Grösse 18-22. Aussergewöhnlich billig 58.00
Kinder-Spangenschuhe prima grau und beige Leinen, mit Is Leder-sohlen und Absatz. Soweit Vorrat. Grösse 27-33 68.00
Kinder-Spangenschuhe prima Kindbox u. Chrom-Chevreau prima Ausfahr-vorschl. Passform. Gr. 31-33 82,50, Gr. 27-33 72.00
Kinder-Halbschuhe zum Schnüren, aus Chrom- und Rosa-Chevreau, mit und ohne Lackkappe. Sehr preiswert. Grösse 31-33 68,00 ..... Grösse 27-30 88.00
Damen-Leinenschuhe weiss, mit Spange starke Strassenbeobachtung, Lederabsatz, kurze mod. Form. Aussergewöhnlich billig 72.00
Damen-Spangenschuhe prima weiss Leinen, neue moderne Form, mit elegantem, hohem Absatz. Extra billig 169.00
Damen-Schnürschuhe in weiss Leinen, elegante, runde moderne Form mit Derbysohle. Ausserst preiswert 169.00

Kinder-Turnschuhe aus grau und schwarz Segeltuch, mit prima Chromledersohle, ganz besonders praktisch und preiswert. Grösse 31-35 69,00, Grösse 25-30 59.00
Rindleder-Sandalen gerührt, durchgehäht, mit starker Ledersohle und Absatzstück. - Grösse 39-42 188,00, 39-38 168,00, 31-35 145,00, 31-33 135,00, 29-30 125,00, 27-28 115,00, 25-26 98,00, 23-24 88.00
Tennis-Schuhe prima weiss Leinen, mit prima Chromledersohle, sehr bequeme Form. Ausserst preiswert. Grösse 43-46 195,00, Grösse 35-42 165.00
Lasting-Halbschuhe Zug- und Schnürschuhe, mit Ledervorderkappen und Halbsattelleder, mit starken Ledersohlen und Absatz. Ausserst preiswert. Grösse 43-46 195,00, Grösse 35-42 168.00

- Damen-Schnürstiefel prima Kindbox, mit Derbysohle, oder Ringbesatz, breite und moderne Form, mit halb-hohem Absatz. Aussergewöhnlich preiswert 290.00
Damen-Spangenschuhe in echt Chevreau, elegante runde Form, mit Pompadour - Absatz. Besonders preiswert 295.00
Damen-Halbschuhe braun echt Boxkalf, Pumps, kurze mod. Form, mit klein. Ledersohle, eleg. Abs. Soweit Vorrat 390.00
Damen-Halbschuhe braun echt Chevreau, mit Lasche u. Kegel so-wie 3 Knöpfen, extra leicht, eleg. Verarbeitung 475.00
Damen-Halbschuhe braun echt Chev., neueste spitze u. runde Form, mit halbhoher eleg. Absätzen. Sehr preiswert 575.00
Herren-Schnürstiefel in Kindbox, mit Besatz und Derbysohle, eleg. moderne Form. Aussergewöhnlich billig 390.00
Herren-Halbschuhe braun echt Boxkalf, eleg. bequeme Form, ausser-gewöhnlich billig. Original Goodyear-Welt 590.00

Stiller



### Die russische Hungerkatastrophe

#### Ausführliche Zahlen

Der Moskauer Sonderberichterstatter der „Frankfurter Zeitung“, Georg Popoff, gibt seinem Blatte folgende am Mitte März datierte Darstellung über den Umfang der Hungerkatastrophe:

Als im Sommer vorigen Jahres die Tatsache einer in der Geschichte Russlands noch nicht dagewesenen Missernte in Moskau erkannt wurde, veröffentlichte der Rat der Volkskommissare am 1. Juli das bekannte Dekret, das 13 Gouvernements als „Hungerzone“ erklärte und gleichzeitig die Versorgung dieser Gebiete mit Nahrungsmitteln und Saatgetreide als brennendste Aufgabe der Regierung bezeichnete. Das Maß des Unglücks überstieg jedoch bei weitem die Kräfte und Hilfsmittel des verarmten Landes. Schon im Herbst gewahrte man, daß die „Hungerzone“ eine viel größere Ausdehnung annahm. Und gegenwärtig, nachdem es sich herausgestellt hat, daß in Russland gegen 30 Millionen Menschen nicht das zum Lebensunterhalt erforderliche Minimum an Nahrungsmitteln besitzen, ist es kaum möglich, lediglich von einer „Hungerstürm“ zu sprechen, es ist vielmehr eine unbeschreibliche Katastrophe, deren Folgen zu überblicken heute noch völlig unmöglich ist. Es sind nicht mehr nur 13 Gouvernements, es sind bereits, nach einem Bericht der Sowjetregierung, 22 Gouvernements im Europäischen Russland, 7 Distrikte im nördlichen Kaukasus und Sibirien und 7 Gouvernements in der Ukraine, die als Hungerzone gelten müssen, weil überall die gleiche Zerrüttung der Landwirtschaft und die gleichen Symptome eines Massensterbens zu beobachten sind. Diese Landstrichen umfassen ein Gebiet von mehr als 80 Millionen Dessjatinen (1 Dessjatine = 1,09 Hektar). Zu den Hungergebieten gehören nicht nur die Gouvernements Samara, Ufa, Saratow, Simbirsk, Jarizsin, Astrachan, Orenburg, Tscheljabinsk, Wjatka, Perm, Penza, die Republiken der Tataren, Dschitschiren, Kirgisen, Tschuwaschen und das Gebiet der Wolgadeutschen, sondern auch die ukrainischen Gouvernements Charkow, Kremenischuk, Dsessa, Jekaterinoslaw, Nikolajewsk, Stawropol und die Gebiete des Don, des Kuban, der Saporogen und viele andere, die ehemaligen Kornkammern Russlands.

Die Zahl der hungernden Bevölkerung wird von der Sowjetregierung heute mit rund 33 1/2 Millionen angegeben. Wobei 2 1/2 Millionen auf die Landbevölkerung und 5 Millionen auf die Bewohner der Städte entfallen. Hieron padt die Hand des Hungers 63 000 Säuglinge, 4 760 000 Kinder unter 7 und 5 805 000 Kinder unter 15 Jahren. Diese Zahlen, die durchaus nicht erschöpfend sein können, da sie sich auf den Januar dieses Jahres beziehen, beweisen, daß die russische Hungerkatastrophe bei weitem alle ähnlichen Erscheinungen in Indien und China übertrifft, wo die Zahl der Hungernden 20 bis 25 Millionen selbst in den schwersten Jahren nicht überstiegen hat. Allein im Gebiet der Wolga und des Ural beträgt die Zahl der Hungernden 23 325 000 Menschen. Diese Zahlen, die im folgenden wiedergegebenen Angaben sind amtlichen Berichten der Sowjetregierung entnommen. An ihrer Richtigkeit kann leider kaum gezweifelt werden. Sie sind eher zu niedrig als zu hoch. Ich hatte zudem Gelegenheit, von den in Russland tätigen ausländischen Hilfsorganisationen die volle Bestätigung dieser Angaben zu erfahren.

Das gegenwärtige Europäische Russland weist eine Ackerbaufläche von 112 1/2 Millionen Dessjatinen auf. Ungefähr ein Drittel dieses Areals wird von der Hungerzone umfaßt. Somit wäre mit einer Fläche von etwa 35 Millionen Des-

satinen zu rechnen, welche nicht das zur Bestellung des Feldes erforderliche Saatgetreide besitzt. Doch es darf nicht unerwähnt bleiben, daß, nach den Angaben des Moskauer Landwirtschaftskommissariats, im Laufe der letzten Jahre im Europäischen Russland die Saatfläche sich um 65 Prozent verkleinert hat. Aus diesem Grunde sind es heute nur etwa 12 Millionen Dessjatinen Ackerbaufläche, die unter allen Umständen bestellt werden sollen. (Im Herbst vorigen Jahres bezeichnete die Sowjetregierung die Ackerbaufläche des Hungergebietes mit 5 435 000 Dessjatinen.)

Das europäische Gebiet der heutigen Sowjetrepublik (mit Einschluß der Ukraine) hatte vor dem Kriege (1911) eine Gesamtternte an Getreide aller Arten von 4038 Millionen Pud (1 Pud = 16,38 Kilogramm) aufzuweisen. (Von diesem Ertrage wurden im Jahre 1911 824 086 000 Pud ausgeführt, hiervon allein 290 928 000 Pud nach Deutschland). Infolge der Verkleinerung der Saatfläche und des allgemeinen Rückganges der Produktion im Laufe der letzten 8 Jahre sank der Getreideertrag, den die Sowjetregierung registrierte, im Jahre 1920 auf 350 Millionen Pud herab. Auch wenn man annimmt, daß die gleiche Menge in diesem Jahre von der Landbevölkerung der Regierung vorenthalten worden ist, so hatte man dennoch schon 1920 ein Zahl (700 Millionen Pud), die kaum 18 Prozent der Vorkriegsproduktion darstellte. Die gegenwärtige Katastrophe wird vollends erklärlich, wenn man ferner bedenkt, daß im Herbst 1921 amtlich ein Ertrag von nur 150 Millionen Pud gemeldet wurde. Zieht man auch hierbei in Betracht, daß die gleiche Menge von der Regierung nicht erfaßt worden ist und sich im Besitze der Landbevölkerung befand, so würden die gesamten Getreidevorräte Russlands sich für die Zeit vom Herbst 1921 bis zur neuen Ernte 1922 auf etwa 300 Millionen Pud beziffern.

Das Niederschmetternde dieser Zahlen tritt mit besonderer Deutlichkeit zutage, sobald erwähnt wird, daß vor dem Kriege der Getreideertrag eines russischen Gouvernements durchschnittlich etwa 80 Millionen Pud darstellte. Mit anderen Worten — das ganze heute 50 Gouvernements umfassende Europäische Russland sieht gegenwärtig vor der Notwendigkeit, sich von einer Getreideernte zu ernähren, die der ehemaligen Durchschnittsernte von 4 Gouvernements entspricht.

Das Zentrale Statistische Büro in Moskau hat soeben interessante, in den Hungergouvernements vorgenommene Untersuchungen beendet. Danach ergibt sich, daß in diesen Gebieten, in denen noch in den Jahren 1919 und 1920 ein erwachsener Landarbeiter durchschnittlich 4840 Kalorien Nahrung täglich verbrauchte, diese Zahl heute auf den vierten bis fünften Teil gesunken ist. Im Durchschnitt verbraucht ein Erwachsener gegenwärtig im Gouvernements Ufa 924, Samara 948, Orenburg 1503 und Saratow 1624 Kalorien. In den beschrifteten Gouvernements verfügen über keinerlei Lebensmittel 5 Prozent der Bevölkerung, leben ausschließlich von Surrogaten (Baumrinde, Gras usw.) 13 1/2 Prozent, nähren sich von dem aus Surrogaten (Melde, raff. Weibeda) verfertigten Brote 77 Prozent und von reinem Brote nur 4 1/2 Prozent der Bevölkerung. Im Jahre 1919 bis 1920 verbrauchte ein Erwachsener hier jährlich 23 1/2 Pud Lebensmittel (Brot und Kartoffeln), im Jahre 1920/21 13,7 Pud und im Jahre 1921/22 3,1 Pud. Somit hat sich hier die zur Lebensführung eines Erwachsenen erforderliche Nahrungsmenge um 75 Prozent verringert. Gewöhnlich wird zur Veranschaulichung der verzweifeltsten Lage der hungernden Bevölkerung in Russland die grauenvolle Tatsache angeführt, daß die Fälle von Kannibalismus sich mehren. Aber schon die oben angeführten Daten sind erschütternd genug, indem sie das Elend des Durchschnitts eines Volkes schildern, das im Kampfe um seine Existenz wohl ein menschliches Neuhier-

wahr und dennoch dem sicheren Untergange preisgegeben ist. Ist es noch möglich, das nahende Verderben abzuwenden?

Es ist bereits an dieser Stelle erwähnt worden, daß eine ernsthafte Hilfe nur durch Entsendung größerer Mengen Saatgetreide möglich ist. Die amerikanische Hilfsadministration hat sich denn auch entschlossen, mehrere Millionen Pud Weizen und Mais nach Russland zu schaffen. Bisher war einzig und allein die Sowjetregierung bemüht, die vom Hunger betroffenen Gebiete mit Saatgetreide zu versorgen. Im vorigen Herbst gelang es ihr, 10 405 000 Pud Winterfaat dem Wolgagebiet zuzuführen. Wenn es wider Erwarten im kommenden Herbst nicht zu einer Wiederholung der Missernte des vorigen Jahres kommt, so wird der Ertrag dieser 10 1/2 Millionen Pud Winterfaat für die dortige Bevölkerung von größter Bedeutung sein. In diesem Jahre hat die Sowjetregierung, nach einem Reichsplane, aus den Vorräten des Staates den Hungergebieten 24 1/2 Millionen Pud Saatgetreide angewiesen und im Auslande gegen 12 Millionen Pud erworben. Die Amerikanische Hilfsadministration hat mit der Lieferung von 10 Millionen Pud Weizen und Mais zu Saatwecken begonnen. Somit würde das Land bestenfalls über 46 1/2 Millionen Pud Saatgetreide verfügen. Genügt diese Menge? Statt einer befriedigenden Antwort mögen hier einige Daten aus dem Gouvernements Ufa angeführt werden, das wir Gelegenheit hatten, näher zu untersuchen.

Das Gouvernements Ufa, welches allerdings als eines der einst reichsten russischen Getreide erzeugenden Gouvernements galt, produzierte im Jahre 1913 110 004 000 Getreide aller Arten. Hieron wurden 34 316 000 Pud ausgeführt, 45 597 000 Pud zum Selbstverbrauch bestimmt, 16 800 000 Pud als Viehfutter verwendet und 3 281 000 Pud als Saatgetreide verbraucht. Demnach verfügte 1913 allein das Gouvernements Ufa über 23 Millionen Pud Saatgetreide, heute soll das ganze russische Hungergebiet sich mit 46 1/2 Millionen Pud Saatgetreide begnügen!

Die Regierung versucht, von der vorhandenen Saat jedem Gouvernements ein gewisses Minimum zuzuteilen. Unter der Voraussetzung, daß jedes Hungergouvernement noch über gewisse eigene Vorräte verfügt, ist vom Landwirtschaftskommissariat ein Plan für die Versorgung dieser Gebiete mit Saatgetreide für den kommenden Frühling aufgestellt worden. Dieser Plan, der sich auf die beschrifteten Angaben der vom Hunger Betroffenen stützt, bestimmt für die 20 am schwersten heimgesuchten Gouvernements im ganzen etwa 35 Millionen Pud Saatgetreide. Beispielsweise das Gouvernements Ufa, welches, wie bereits erwähnt, im Jahre 1913 über 23 Millionen Pud Saatgetreide verbrauchte, hat seinen diesjährigen Bedarf mit 3 282 000 Pud angegeben und soll, nach dem Reichsplane der Sowjet-Regierung, 2 840 000 Pud erhalten. Wie mir der Vertreter der Sowjet-Regierung in Ufa jedoch mitteilte, rechnet er mit einem Ausfall von ungefähr 25 Prozent dieser Menge.

Somit besriedigt die von der Sowjet-Regierung den Hungergebieten durch Lieferung von Saatgetreide erwiesene Unterstützung nur einen geringen Teil des tatsächlichen Bedarfs. Es darf jedoch nicht verschwiegen werden, daß dieses wie gesagt bisher die einzige Hilfe war, die hierin erwiesen wurde. Bis zum 15. März dieses Jahres hatten die russischen Bahnen bereits 21 930 544 Pud Getreide aus den Vorräten des Staates nach den Hungergebieten befördert. Eine Leistung, die, bei der gegenwärtigen Zerrüttung des Transports, fast als Wunder bezeichnet werden muß. Vielleicht gelingt es der Regierung, rechtzeitig die zu Saatwecken angewiesenen 35 Millionen Pud Getreide den Bestimmungsorten zuzuführen. Um jedoch den Saatgetreidebedarf des gesamten Hungergebietes zu decken, wäre, den Berechnungen eines zurzeit hier weilenden deutschen Sachverständigen zufolge, eine Menge von 200 Millionen Pud erforderlich.

### Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Englisch autorisierte Übersetzung von Lucretia Scholz. Amerikanisches Copyright 1916 by Max Reinhardt Co., Berlin (66. Fortsetzung.)

„Und so wäre ich denn ein Mönch, ein schwarzes Sternlein (Gottes) geworden,“ erzählte er, „wenn nicht eine Pilgerin aus Penza unserm Kloster einen Beisch gemacht hätte. Das war ein sehr prägnantes Frauen, und sie verdröhte mir ganz den Kopf. Was für ein schmucker Bursche bist du doch,“ sagte sie, „und wie kräftig — und ich bin eine ehrliche Witwe, siehe ganz allein da, möchtest du nicht lieber als Hauswart zu mir kommen? Ich hab' ein hübsches Häuschen,“ sagte sie, „betreibe einen Handel mit Bettfedern... Na, kurz und gut, ich würde ihr Hauswart, und sie würde mein Schatz, und so hab' ich wohl an die drei Jahre bei ihr recht mollig verbracht.“

„Du verstehst dich wirklich aufs Schwindeln,“ unterbrach ihn Medwieschenot, während er mit besorgtem Blick die Fingerringe an seiner Nase im Spiegel betrachtete. „Wenn man dir deine Lügen alle bezahlt, wärst du ein steinreicher Mann.“

Jakow laut ungestört weiter, die grauen Haarfränze in seinem blinden Gesichte schieben sich hin und her, und die zottigen Ohren bewegten sich mit. Ohne auf die Bemerkung des Kochs etwas zu erwidern, fährt er in derselben raschen, gleichförmigen Tonart fort:

„Sie war älter als ich und wurde mir schließlich über — na, und aus Langerweile bündelte ich schließlich mit ihrer Nichte an. Leider kam sie dahinter und warf mich zum Hause hinaus.“

„Recht so,“ sagt der Koch in derselben geläufigen Tonart wie Jakow, „besser hast du's nicht verdient!“ Der Heizer steckt ein Stück Zucker hinter die Backe und fährt gleichmütig fort:

„Eine Zeitlang trieb ich mich nun in Wind und Wetter herum und schloß mich dann einem alten Hausierer aus Wladimir an, mit dem ich quer über die ganze Erde gewandert bin. Auf den Balkanbergen

waren wir, und bei den Türken gar, bei den Rumänen und Griechen, und auch zu allerhand Desterreichern sind wir gekommen. Alle Völker haben wir besucht, bei den einen haben wir gekauft, bei andern verkauft.“

„Habt ihr nicht auch bei manchen gestohlen?“ fragt der Koch ernsthaft.

„Dafür war der Alte nicht zu haben. Und auch zu mir sagte er: ‚Im fremden Lande sei ehrlich, hier ist so eine Ordnung, daß sie einem für die erste, beste Gelegenheit gleich den Kopf abreißen.‘ Einmal hab' ich, offen gestanden, einen Streich gewagt, doch ist er nicht gut abgelaufen: einem Kaufmann stahl ich ein Pferd vom Hofe, wurde aber gefaßt und ganz jämmerlich verdroschen. Dann brachte man uns zur Polizei — wir waren nämlich zwei Mann, ein richtiger Pferdedieb und ich, der ichs mehr aus Liebhaberei mitgemacht hatte. Bei dem Kaufmann hatte ich gearbeitet, einen Ofen hatte ich ihm in der neuen Badestube gesetzt, und wie wir ihm das Pferd gestohlen hatten, wurde er krank und träumte irgend etwas Schlimmes von mir. Da kriegte er einen Schreck und hat die Obrigkeit: Laß ihn laufen, denn er erscheint mir im Traume, und wenn ich ihm nicht verzeihe, werde ich nicht wieder gesund, weil er offenbar ein Zauberer ist.“ Ich, heißt das, sollte der Zauberer sein! Na, der Kaufmann war ein sehr angesehenen Mann, und so ließen sie mich laufen.“

„In kaltes Wasser hätten sie dich drei Tage lang setzen sollen,“ versetzte der Koch, damit die Dummheiten aus deinem Schädel ausziehen!“

„Das ist wohl wahr,“ lenkte Jakow sogleich ein, „Dummheiten hatte ich immer sehr viele im Kopfe, fürs ganze Dorf hatt's gereicht.“

Der Koch hat den Finger hinter seinen zu engen Halsstragen gesteckt, zerrt daran ärgerlich herum und räsonniert topfschüttelnd:

„Zu sonderbar: kraucht da so ein Epizhube auf Gottes Erdboden herum, frißt, säuft, zieht von Ort zu Ort, und wozu das alles? Sag' mal, wozu lebst du eigentlich?“

„Ja, das weiß ich selber nicht,“ erwiderte der Heizer, den das Schlucken ankommt. „Der eine liegt lang

da, der andere wandert, und was der Beamte ist, der sitzt meistens. Na, und essen — muß schließlich jeder.“

Der Koch wird immer wütender: „Bei dir ist's aber kein Essen mehr, sondern ein Fressen! Wie wenn man ein Schwein mästet...“

„Warum schimpfst du?“ fragte Jakow verwundert. „Die Menschen sind alle Eichen von einem Baume. Laß das Schimpfen, ich werde davon nicht besser.“

Dieser Mensch machte gleich vom ersten Augenblick an einen starken Eindruck auf mich, ich schaute auf ihn mit unverhohlenem Staunen und hörte ihm mit offenem Munde zu. Ich sagte mir, daß er irgendein ganz besonderes Wissen vom Leben besitzen müsse. Er düstete alle Welt, blickte unter seinen zottigen Brauen hervor gerade und frei auf jedermann und stellte alle, ob Kapitän, Büfettier oder Passagier erster Klasse, in eine Reihe mit sich selbst, mit Matrosen, Büfettpersonal und Deckpassagieren. Die langen Aftersärme auf dem Rücken, stand er zuweilen vor dem Kapitän oder dem Maschinisten und hörte schweigend zu, wie man ihm seiner Trägheit wegen schalt oder ihm Vorwürfe machte, weil er jemandem im Kartenpiel das Geld abgenommen hatte. Doch kein Schelten und keine Drohung, ihn im nächsten Hafen abzusetzen, vermochte ihn zu rühren.

Es steckte etwas in ihm, das allen andern fremd ist, und er selbst glaubt an dieses ganz besondere Etwas, das die Leute in ihm nicht begreifen.

Ich habe diesen Menschen niemals beleidigt, niemals nachdenklich oder längere Zeit schweigend gesehen — unaufhörlich fließt aus seinem von silbigem Haarwuchs umgebenen Munde der Redestrom, als könne er gar nicht anders. Schilt man ihn, oder hört er einer interessanten Erzählung zu, so bewegen sich seine Lippen, als ob er das Gehörte für sich wiederholte oder seine eigene Rede leise fortführte. Jeden Tag kam er nach Beendigung seines Dienstes aus dem Helzraum herausgetreten, barfuß, schweigend, mit Erdöl beschmutzt, im ungegürteten nassen Hemd, das die mit dichtem krausem Haar bedeckte Brust bloß ließ, und sogleich fidierte seine gleichförmige, einmündige, heisere Rede wie ein Dauerregen auf das Verdeck nieder.

(Fortsetzung folgt.)

\*) Die Mönche sind die „schwarze“ Geistlichkeit

